

A stylized, wireframe-like profile of a man wearing a wide-brimmed hat, looking to the left. The background is a gradient of red and blue with a large circular shape behind the profile.

# ÜBER GÜNSTLINGE, ZWILLINGE UND SPIONE

**Was die Republik beschäftigen sollte und warum es einen Russland-U-Ausschuss braucht.**

**BERICHT COFAG & ROT-BLAUER-  
MACHTMISSBRAUCH U-AUSSCHUSS**

**Juni 2024**

<b>I. Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>II. Bilanz</b>	<b>4</b>
<b>1. Die COFAG: Eine Blackbox als bewusste Fehlkonstruktion</b>	<b>5</b>
<b>2. Türkise Finanzverwaltung: hier zählt, wen du kennst, nicht was du kannst.</b>	<b>6</b>
<b>3. Das System Benko kommt die Steuerzahler:innen teuer</b>	<b>7</b>
<b>4. Blaue Einblicke: wie die FPÖ ihre Ministerien führt</b>	<b>8</b>
<b>5. Inseratenkorruption: Unser Inserate für unsere Leut'</b>	<b>9</b>
<b>6. Kickl vergibt Aufträge (mutmaßlich) an sich selbst</b>	<b>10</b>
<b>7. Bei Postenschacher von den Profis gelernt</b>	<b>11</b>
<b>8. Russische Unterwanderung schlimmer als befürchtet</b>	<b>12</b>
<b>9. Der U-Ausschuss gehört reformiert – dringend!</b>	<b>13</b>
<b>III. Fazit</b>	<b>14</b>
<b>IV. Fraktionsbericht</b>	<b>16</b>

# WAS IST JETZT SCHON WIEDER PASSIERT?

Im Superwahljahr 2024 laufen gleichzeitig zwei Untersuchungsausschüsse. SPÖ und FPÖ wollten im COFAG-Untersuchungsausschuss die „Bevorzugung von Milliarden durch ÖVP-Regierungsmitglieder“ untersuchen, während die ÖVP den „rot-blauen Machtmissbrauch“ zum Thema machte. Die Zeit für diese Ausschüsse war knapp bemessen – die Verfahrensordnung setzt ein enges Zeitkorsett aufgrund der bevorstehenden Nationalratswahl. Noch nie musste ein U-Ausschuss mit einer solch kurzen Zeitspanne auskommen: Statt vierzehn Monaten blieben nur wenige Wochen. Für eine ehrliche und umfassende Aufarbeitung, wie etwa der Einsetzung und Abwicklung der Corona-Finanzierungsagentur (COFAG), ist diese Zeit zu knapp, die Gefahr einer politischen Schlammschlacht groß. Daher haben wir NEOS uns zwar nicht an der Einsetzung der Ausschüsse beteiligt, aber zu 100 % an der Aufklärung im Rahmen des Aktenstudiums und der Befragungen.

Trotz anfänglich unklarer und rechtlich schlecht definierter Untersuchungsgegenstände wurden neue Formen der Korruption und politische Misswirtschaft aufgedeckt. Im COFAG-Untersuchungsausschuss bestätigte sich die vernichtende Kritik des Rechnungshofs an der Einrichtung der COFAG an sich: Doppelgleisigkeiten, intransparente Postenvergabe und ziellose Förderungspolitik wurden etwa von der Finanzprokuratur bestätigt. Gleichzeitig wurde das System offengelegt, das René Benko in Verwaltung und Politik vorgefunden hat. Der Verdacht steht im Raum, dass in der Finanzverwaltung nicht zählte, was man kann, sondern wen man kennt. Ein Anruf eines Sektionschefs kann schon mal das ein oder andere Verfahren beschleunigen, bremsen oder verlagern, wie eine besonders brisante SMS von „Thomas Schmid an René Benko belegt“ „Gut dass Flieger geklärt ist! Jetzt müssen wir noch den Rest hinbringen“

Im U-Ausschuss zu „rot-blauem Machtmissbrauch“ stand die Regierungszeit der letzten ÖVP-FPÖ-Koalition im Zentrum der Untersuchung. Neben Umfärbungen von Ministerien, politischen Postenbesetzungen und aufsehenerregenden Chats des ehemaligen Vizekanzlers HC Strache sowie einer blauen Perversionierung des ursprünglich rot-schwarzen Inseratensystems rückte durch Aktenlieferungen vor allem Herbert Kickls mutmaßliche Beteiligung an der Werbeagentur Ideenschmiede bzw. ihrer Nachfolgefirma SIGNS in den Fokus. Die Vorwürfe sind schwerwiegend: Hat der Innenminister während seiner Amtszeit persönlich an Aufträgen seines eigenen Ministeriums mitverdient? Wir hätten Herbert Kickl gerne zu diesen Vorwürfen unter Wahrheitspflicht ausführlicher befragt – er stand dem Parlament jedoch aufgrund einer Bergtour nicht zur Verfügung. Unsere Vorschläge zur Reform künftiger U-Ausschüsse finden Sie auf den folgenden Seiten.

Zu diesem Zeitpunkt gingen wir davon aus, dass die Problemlage in diesen sehr kurzen U-Ausschüssen durch die beschriebenen Themen abgesteckt war, doch dann kam Egisto Ott: Im März 2024 wurde der ehemalige Verfassungsschützer festgenommen – die Justiz ermittelt wegen Spionage zum Nachteil der Republik Österreich. Die dem U-Ausschuss übermittelten Unterlagen und folgenden Veröffentlichungen zeichnen ein erschreckendes Bild: Russland hat die österreichische Politik und den Sicherheitsapparat unterwandert, Daten aus FPÖ-Ministerien gelangten nach Russland, der flüchtige russische Doppelspion Jan Marsalek verkehrte im Innenministerium und FPÖ-Außenministerin Karin Kneissl wollte einen russlandfreundlichen Schattengeheimdienst etablieren. Wir kratzen derzeit nur an der Oberfläche, die Justiz steckt mitten in den Ermittlungen. Als selbstbewusste Parlamentarier konnten wir bei diesen schwerwiegenden Vorwürfen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Unmittelbar nach der Nationalratswahl im Herbst wird ein Russland-Untersuchungsausschuss unumgänglich sein. Dabei wird es nicht ausreichen, sich nur auf die FPÖ zu konzentrieren – Verstrickungen aller Parteien zum russischen Regime müssen schonungslos untersucht werden.

Für uns NEOS war von Beginn an klar: Jetzt ist nicht die Zeit für eine Schlammschlacht, sondern für politische Reformen! Wir haben alle Formen der Korruption gesehen und wissen, was in diesem Land falsch läuft. Unsere Vorschläge für transparente Postenvergaben, faire Verfahren, unabhängige Medien und eine schlagkräftigere Justiz liegen seit Jahren auf dem Tisch – vieles davon haben die NEOS in den vergangenen U-Ausschüssen wiederholt eingefordert. Es fehlt der Wille der Regierungsparteien, weil ihnen das bestehende System nützt. Kritik wird nur geübt, wenn man gerade selbst nicht an den mächtigen Positionen sitzt.

NEOS werden in der kommenden Legislaturperiode weiterhin die starke Stimme für Aufklärung und Transparenz sein – ob als Regierungs- oder Oppositionspartei.

Abschließend möchte ich mich bei meinem sensationellen Team bedanken, das meine Aufklärungsarbeit erst möglich gemacht hat: Fari Ramic, Sarah Sinkovits, Maximilian Prandstätter, Patrick Mayr, Martina Friedl, Henry Trezek und Nicolas Scheikl. Danke!

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre unseres Abschlussberichts!



**Yannick Shetty**  
NEOS-Fraktionsführer  
in den U-Ausschüssen

**9 DINGE  
AUS DEN  
U-AUSSCHÜSSEN,  
DIE SIE  
NICHT ÜBER  
ÖSTERREICH  
WISSEN WOLLEN  
(ABER WISSEN SOLLTEN).**

## DIE COFAG: EINE BLACKBOX ALS BEWUSSTE FEHLKONSTRUKTION

Von Anfang an stand die Corona-Finanzierungsagentur des Bundes (kurz: COFAG) in der Kritik. Sie verantwortete die Vergabe der Corona-Hilfen. Sie wurde als eine intransparente Blackbox gestaltet, bei der völlig unklar blieb, wohin die Milliarden flossen. Sie unterlag keiner parlamentarischen Kontrolle, Transparenz im Konstrukt wurde nur sehr zögerlich ermöglicht und letztlich kam es zu einer nachweislichen Überförderung von Unternehmen. Diese Fehlkonstruktion entpuppte sich als ein Milliardengrab auf Kosten der kommenden Generationen.

Nach unserer Recherche berichtete die ZIB 2 darüber, dass die Zahl der Insolvenzen weiter gestiegen sei – der Verdacht steht im Raum, dass die COFAG zu massiven Überförderungen führte und somit Insolvenzen verschleppt hat. Rund 450 Unternehmen mit einem Fördervolumen von etwa 100 Millionen Euro sind mittlerweile insolvent. Diese Gelder stammen aus Steuermitteln, die nun für immer verbrannt sind und für Zukunftsinvestitionen fehlen.



orf.at  
12. Februar 2024



Die harsche Kritik an der Einrichtung der COFAG kam nicht nur von Oppositionsparteien, dem Rechnungshof und unabhängigen Wirtschaftsexperten, sondern auch von Beamten der Republik Österreich selbst. Wolfgang Peschorn, Präsident der Finanzprokurator, stellte der Konstruktion COFAG im U-Ausschuss ein vernichtendes Zeugnis aus. „Die neue Agentur war nicht nötig“, so Peschorn. „Es gibt genügend Förderinstitutionen wie das AWS, das AMS oder die AMA. Wäre das nicht ausreichend gewesen, hätte man immer noch mit dem Finanzministerium zusammenarbeiten können.“



puls24.at  
11. August 2022



Die COFAG sei somit überflüssig gewesen. „Die staatliche Verwaltung hat es vor dem 13. März 2020 gegeben und auch danach. Die COFAG nicht.“

Was bleibt, sind teure Beraterverträge in Höhe von 21 Millionen Euro und überzogene Spitzengehälter inklusive Inflationsanpassung für COFAG-Geschäftsführer – für Jobs, die in der Finanzverwaltung besser aufgehoben gewesen wären.

## TÜRKISE FINANZ- VERWALTUNG: HIER ZÄHLT, WEN DU KENNST, NICHT WAS DU KANNST.

Wird in der Finanzverwaltung mit zweierlei Maß gemessen? Haben gewisse türkise Freunde einen besseren Zugang zu Steuerprüfungen als der Normalbürger? Ist es üblich, dass der Finanzbeamte bei Steuerprüfungen auf Kaffee und Häppchen im Büro des Steuerpflichtigen vorbeischaud?

U-AUSSCHUSS

### Benko und das Innsbrucker Finanzamt: Auf Kaffee und Häppchen mit den Beamten

Am Mittwoch befragten Abgeordnete im Cofag-U-Ausschuss Finanzbeamte aus Innsbruck. Die Beamten erzählten von einem Treffen mit Benko in der Signa-Zentrale, bestritten aber Interventionen

Renate Graber, Jakob Pflügl  
3. April 2024, 16:39, 163 Postings



derstandard.at  
03. April 2024



Seit langem beobachten wir Interventionen über politische Kabinette, die es bestimmten ÖVP-Freunden und Großspendern ermöglichen, ihre Interessen durchzusetzen und rechtliche Hürden zu umgehen. Ein zentrales Element dieser systematischen Bevorzugung ist die Möglichkeit, dass sich gewisse Personen durch Berater und Netzwerke, die in engem Kontakt zur Verwaltung stehen, Vorteile verschaffen. Bei Problemen mit Benkos Steuerfragen kann schon mal ein Anruf des Sektionschefs

Eduard „Edi“ Müller und ein Chat mit seinem „Zwilling“ im Finanzministerium, Thomas Schmid, genügen, um Konflikte mit „mühsamen“ Finanzbeamten aus dem Weg zu räumen.

Cofag-U-Ausschuss

### U-Ausschuss: Ex-Minister Müller habe Benko „wie jeden anderen Steuerzahler“ behandelt



diepresse.com  
04. April 2024



Im U-Ausschuss traten insbesondere Vorgänge rund um die Finanzverwaltung Innsbruck in den Vordergrund. Es ist unumgänglich, dass Finanzminister Brunner die interne Revision anweist, eine sofortige Untersuchung der Vorgänge am Finanzamt Innsbruck einzuleiten. Nur durch eine transparente und unabhängige Aufarbeitung kann das Vertrauen in unsere Finanzverwaltung wiederhergestellt werden. Nachdem gegen einen Innsbrucker Finanzbeamten ein Strafverfahren wegen Amtsmissbrauchs in einer anderen Causa eingeleitet wurde, steht der Verdacht im Raum, dass das Benko-System auch in anderen Fällen angewendet wurde.



Politik Abonnieren

### Amtsmissbrauch-Ermittlungen gegen Innsbrucker Finanzbeamten

29. März 2024 · Lesedauer 3 min ▶ Artikel vorlesen

puls24.at  
29. März 2024



Trotz dieser strukturellen Probleme arbeitet die große Mehrheit der Finanzbeamten in Österreich redlich und setzt sich für die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften ein. Diese Beamten sind bestrebt, Steuergerechtigkeit zu gewährleisten und sicherzustellen, dass alle Bürger ihren fairen Anteil leisten. Auch in ihrem Interesse sollte der Finanzminister für Aufklärung sorgen, damit der gute Ruf der Finanzverwaltung wiederhergestellt wird.

# DAS SYSTEM BENKO KOMMT DEN STEUERZÄHLER:INNEN TEUER

Wir haben immer betont, dass ein parlamentarischer U-Ausschuss seinem Anspruch nicht gerecht werden kann, wenn er sich lediglich an einer sehr reichen Privatperson abarbeitet. Letztlich prüft ein Untersuchungsausschuss die Bundesverwaltung in ihrer Vollziehung und nicht die wirtschaftlichen (Miss-)Erfolge einzelner Unternehmer – seien sie noch so kontrovers. Im Falle von René Benko, dem mutmaßlichen faktischen Geschäftsführer der SIGNA und wirtschaftlichen Eigentümer unzähliger Briefkastenfirmen und Privatstiftungen, war diese Abgrenzung schwierig. Schließlich hat Benko bewusst die Nähe zur Politik gesucht und seine Kontakte für eine Besserstellung genutzt.

Der Verdacht hat sich im U-Ausschuss erhärtet: Es gilt in ganz Österreich dasselbe Steuerrecht, aber für René Benko galt ein anderes. Die SIGNA hat sich etwa durch eine Firmensitzverlegung von Wien nach Innsbruck, rund um den Verkauf des Wiener Tuchlaubenkomplexes, eine Steuerersparnis von rund 3,5 Millionen Euro herausverhandelt.

Noch pikanter: Der Privatjet von René Benko entpuppte sich als Millionengrab für die Steuerzahler:innen. Benko machte die Verluste seiner Jet-Firma beim Finanzamt geltend. Das teure Ergebnis: Die Steuerzahler:innen finanzierten den Privatjet bisher in Höhe von neun Millionen Euro mit, wie ein Steuerprüfer des Finanzamts für Großbetriebe im U-Ausschuss erklärte.



puls24.at  
07. März 2024



falter.at  
05. März 2024



# BLAUE EINBLICKE: WIE DIE FPÖ IHRE MINISTERIEN FÜHRT

Der U-Ausschuss zu rot-blauem Machtmissbrauch hat ein erschreckendes Seitenbild der Amtsführung von FPÖ-Politikern ans Licht gebracht. Verschwendung von Steuergeld, intransparente Vergaben, zweifelhafte Dokumentationen und eine knallharte Täuschung der Bürger:innen durch die höchsten Vertreter:innen der Republik – das Zeugnis ist vernichtend.

Steuergeldverschwendung in Blau zeigt sich im Kleinen wie im Großen. Besonders in Erinnerung bleibt die skurrile Causa um die Anschaffung von goldenen Kugelschreibern, die persönlich für Bundesminister Kickl graviert wurden und knapp 900 Euro kosteten. Besonders intransparent war die Vergabe teurer Beraterverträge im BMI an die Firma von FPÖ-Intimus Heimo Lepuschitz. Diese exemplarischen Vorgänge wurden auch von der unabhängigen Verfahrensrichterin in ihrem vorläufigen Endbericht scharf kritisiert.



„ROT-BLAU“-U-AUSSCHUSS

## Goldgrubers Büroleiter war nur „Weiterleiter“

Im von der ÖVP eingesetzten U-Ausschuss zum „rot-blauen Machtmissbrauch“ ist am Donnerstag der einstige Büroleiter des ehemaligen Generalsekretärs im Innenministerium, Peter Goldgruber, Rede und Antwort gestanden. Der Fokus der Befragung lag auf einem Vertrag mit einem FPÖ-nahen Berater. Der befragte Büroleiter gab sich dazu recht verschlossen – und sah sich trotz seiner hohen Funktion lediglich als „Büroweiterleiter“ und „Poststelle“.

orf.at  
11. April 2024



Die ehemalige FPÖ-Gesundheitsministerin Hartinger-Klein sorgte bereits vor ihrer Befragung im U-Ausschuss für Schlagzeilen. Als die Fraktionen die Übermittlung der Akten zur Zusammenlegung der Krankenkassen anforderten, wurde dem Parlament mitgeteilt, dass diese Dokumente nicht mehr vorhanden seien. Sie wurden entweder im großen Stil für 25 Jahre als „privat“ im Bundesarchiv gekennzeichnet und damit weggesperrt oder von der Ministerin während ihrer Amtszeit proaktiv vernichtet. Alles basierend auf einer seit Jahren bekannten Gesetzeslücke im Bundesarchivgesetz, die von der türkis-grünen Regierung weiterhin nicht geschlossen wird.

CAUSA KASSENFUSION

## Neos wollen "private" Ministerakten in Staatsarchiv einschränken

Ein Antrag soll demnächst im zuständigen Ausschuss abgestimmt werden, die anderen Parteien hatten sich zuletzt reformbereit gezeigt. Anlass sind gesperrte Akten aus der Ära Hartinger-Klein

derstandard.com  
04. Februar 2024



Überraschend für Transparenz sorgte Hartinger-Klein jedoch in einer anderen Causa. Angesprochen auf das blaue Prestige-Projekt – die Zusammenlegung der Sozialversicherungsanstalten und die damit versprochene „Patientenmilliarde“ – stellte sie klar, dass es diese niemals gab. Schuld an dieser Täuschung seien die „Marketing-spezialisten“ aus dem Bundeskanzleramt, namentlich Johannes Frischmann und Gerald Fleischmann (beide ÖVP), gewesen. Die Ministerin „habe einen Wutanfall bekommen“, als sie von diesem „Marketing-gag“ erfahren habe, so ihre Aussage im U-Ausschuss.

INLAND

## Ex-Ministerin Hartinger-Klein zur „Patientenmilliarde“: „Das war ein Marketing-Gag“



Ex-Ministerin bekam einen „Wutanfall“, als sie vom Wording des Koalitionspartners ÖVP hörte.

kurier.at  
10. April 2024



## INSERATEN-KORRUPTION: UNSERE INSERATE FÜR UNSERE LEUT'

Das elende System der „legalen Inseratenkorruption“ zieht sich seit Jahren wie ein roter Faden durch die U-Ausschüsse. Spätestens mit dem ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss wurde der Begriff „Österreich-Beinschab-Tool“ zur Folklore. Thomas Schmid versandte Nachrichten wie: „So weit wie wir bin ich echt noch nie gegangen, geniales Investment, und Fellner ist ein Kapitalist, wer zahlt, schafft an, ich liebe das.“ Ermittlungen gegen Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz sollen klären, ob vom BMF bezahlte Umfragen manipuliert wurden und ob für Inserate positive Berichterstattung erkaufte wurde. Der U-Ausschuss hat jedoch ebenfalls zutage gebracht, dass auch die SPÖ in eine eigene Beinschab-Causa verwickelt ist – bereits Jahre vor der ÖVP.

**AFFÄRE**

**WKStA-Ermittlungen: Gab es auch ein rotes Beinschab-Tool?**



Ließ sich die SPÖ Umfragen von Ministerien finanzieren? Die Staatsanwaltschaft fand Hinweise. Zur Anklage reichen sie nicht.

profil.at  
11. März 2024



Die FPÖ, vertreten durch Mediensprecher Christian Hafenecker, kritisierte immer wieder die Inseratenpraxis der ÖVP. In der 158. Sitzung des Nationalrats prangerte Hafenecker die Verquickung von Umfrageinstituten und Medien mit der ÖVP an und sprach von einem „sicheren Investment“ für Inserate mit redaktionellem Zugriff.

Der U-Ausschuss zum rot-blauen Machtmissbrauch offenbarte, dass Hafenecker Inserate von Ministerien in rechtsextremen Medien orchestrierte. Chats zeigten, wie er an Strache schrieb, dass es kontraproduktiv sei, patriotische Medien zu stigmatisieren, und dass Inserate weiterhin geschaltet werden sollten – um jeden Preis. Strache stimmte zu und forderte, dass „freie Medien“ mit Inseraten betreut werden und sich die Inhalte im Sinne der FPÖ widerspiegeln müssten. Diese Praxis wurde nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“ durchgesetzt, wie weitere Chats zwischen Hafenecker und Norbert Hofer belegten.

Zusammenfassend offenbarte der U-Ausschuss, dass die willkürliche Inseratenschaltung im Gegenzug für positive Berichterstattung von den drei großen Parteien ÖVP, SPÖ und FPÖ gleichermaßen praktiziert wurde.

**INSERATEN-AFFÄRE**

**FPÖ-Chats: „Wochenblick, unzensuriert und Alles Roger bitte inserieren!“**



In der Regierung wollte die FPÖ die Berichterstattung von Rechtsaußen-Medien mit Steuergeld beeinflussen – und eine Kandidatur der Identitären gegen die FPÖ verhindern.

profil.at  
12. Mai 2024



# KICKL VERGIBT AUFTRÄGE (MUTMASSLICH) AN SICH SELBST

Im U-Ausschuss zum "rot-blauen Machtmissbrauch" waren die Nebenbeschäftigung des ehemaligen Innenministers Herbert Kickl und Auftragsvergaben seines Ministeriums Thema. Dabei kam eine auffällige Treuhandschaftskonstruktion ans Licht. Herbert Kickl ist oder war Miteigentümer der Ideenschmiede, einer FPÖ-Werbeagentur, die über Kickbackzahlungen des Landes Kärnten an die FPÖ-Landespartei in Verruf geriet. Die FPÖ-Landesregierung gab bei der Ideenschmiede Kampagnen in Auftrag, für jeden Auftrag flossen 20% Volumen an die Partei. Die Geschichte wurde 2015 vom Falter erstmals aufgegriffen.

## Kickls geheime Geschäfte

Wie der FPÖ-Chef seine Beteiligung an einer PR-Firma und an einer Liegenschaft verheimlichte. Über einen verdrängten Skandal

 FLORIAN KLENK  
VERSENDET AM 16.04.2024



falter.at  
16. April 2024



Herbert Kickl weigerte sich im U-Ausschuss, konkrete Antworten zu seiner Beteiligung an der Ideenschmiede, heute SIGNS-Werbeagentur zu geben. Insbesondere blieb er Auskunft darüber schuldig, ob er weiterhin an jener Immobilie beteiligt ist, an der die SIGNS eingemietet ist. Un-

geklärt bleibt: Warum wurde die von Kickl behauptete Auflösung des Treuhandvertrags nicht dem Finanzamt angezeigt? Warum hat Kickl die Stammeinlage von 8.750 Euro nicht zurückverlangt, wenn der Treuhandvertrag, wie er sagt, aufgelöst wurde? Wem steht der Gewinn aus dem Grundstücksverkauf des SIGNS-Firmensitzes in Höhe von einer Million Euro zu? Hat Kickl persönlich an den Aufträgen aus seinem eigenen Innenministerium mitverdient? Auf all diese Fragen verweigerte er die Aussage und versteckte sich hinter Geschäftsordnungsdebatten.

## Herbert Kickls Achillesferse [Politik Backstage]

SUBRESSORT: Politik AKTUALISIERT: 19.04.2024 LESZEIT: 20 min



trend.at  
19. April 2024



Die Ideenschmiede, die heute als SIGNS Werbeagentur firmiert, war auch unter Innenminister Kickl für das Innenministerium BMI tätig und entwarf unter anderem die Logos der Polizeieinheit „PUMA“ und der nie in Dienst gestellten Kickl-Pferdestafel. Im Juni 2018 wurde den BMI-Mitarbeitern plötzlich befohlen, die Arbeiten an den Logos einzustellen und stattdessen Logos „von einem Freund“ zu verwenden. Die Schutzbehauptung, für die Erstellung der Logos sei kein Geld geflossen, ist lebensfremd. Für andere Logos wurden 2008 einem Kunden der SIGNS 28.000 Euro in Rechnung gestellt. Welche Werbeagentur

würde gratis arbeiten? Wenn dies der Fall wäre, würde sogar eine strafrechtlich relevante Untreue für den Signs-Geschäftsführer im Raum stehen.

## FPÖ-nahe Agentur schenkte Ministerium Puma-Logo

Der ehemalige Rechnungshofpräsident Franz Fiedler sieht "fehlendes Gespür", die Neos "Freunderlwirtschaft"

Fabian Schmid  
6. August 2018, 16:21

In dieser Galerie: 2 Bilder



derstandard.at  
06. August 2018



Kickl und sein Team haben die erste Befragung im U-Ausschuss erfolgreich torpediert. Der erneuten Ladung im U-Ausschuss kam er nicht nach – er war bereits durch eine Bergtour verplant.

## Kickl lieber auf Bergtour, statt als Zeuge im U-Ausschuss



Herbert Kickl war für heute, Dienstag, als Zeuge in den U-Ausschuss geladen. Doch der FPÖ-Chef geht lieber Bergsteigen.

kurier.at  
07. Mai 2024



## BEI POSTEN-SCHACHER VON DEN PROFIS GELEHRT

Die Postenbesetzungen der türkisen ÖVP wurden bereits ausführlich im ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss behandelt. Dass die Grünen von ihrem größeren Regierungspartner schnell lernten, war eine Erkenntnis im COFAG-U-Ausschuss. Nicht zuletzt die Befragung des ehemaligen Finanzministers Gernot Blümel hat belegt, dass die COFAG die beiden Geschäftsführer zu gleichen Teilen zwischen den regierenden Parteien ÖVP und Grüne aufteilte. Geschäftsführer war der ÖVP-nahe und frühere Kabinettsmitarbeiter im Finanzministerium, Bernhard Perner, und Co-Geschäftsführer wurde Marc Schimpel, der den Grünen zuzurechnen ist. Er war persönlicher Mitarbeiter von Werner Kogler im Parlament, bevor er in diesen Topjob befördert wurde. Gegenstand der Kritik waren auch die exorbitanten Gehälter einer Einrichtung, die laut Rechnungshof und Finanzprokurator ohne Weiteres im BMF hätte angesiedelt werden können. Pikant: Nach dem Ende der Pandemie sicherte sich Schimpel im laufenden Vertrag eine Inflationsabgeltung von weiteren 15 %.

GAGE ZU HOCH?

### Gehalt des grünen Corona-Agentur-Chefs haut Neos-Mandatar "vom Hocker"

Cofag-Geschäftsführer Marc Schimpel verdient heuer 227.000 Euro brutto. Für Yannick Shetty von den Neos ist das skandalös viel. Schimpel verteidigt sein Salär

derstandard.at  
08. März 2024



Auch die FPÖ trieb den Postenschacher in ihrer Regierungszeit auf die Spitze. Umfärbungen und Gehaltsexzesse waren die Regel in Kickls Kabinett. Mit 48 Personen hatte er den größten Mitarbeiterstab aller bisherigen Innenminister. Viele seiner Mitarbeiter profitierten von hohen Gehältern und Überstunden, einige verdienten mehr als der Minister selbst. Nach Kickls Ausscheiden aus dem BMI wurden diese Personen im Innenministerium mit Posten versorgt – oft ohne Rücksicht auf fachliche Qualifikationen. Zentrale Positionen, wie die Leitung des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl sowie die Social-Media-Abteilung, wurden mit FPÖ-nahen Personen besetzt.

### Umfärbungen und Gehaltsexzesse als Erbe Herbert Kickls

Der FPÖ-Vize versorgte Vertrauensleute mit wichtigen Posten im Innenministerium – und fand Jobs für seine Kabinettsmitarbeiter

Michael Völker, Fabian Schmid  
30. August 2019, 17:30



derstandard.at  
30. August 2019



Eine besonders auffällige Besetzung war die von Bernhard M., der trotz seiner geringeren Qualifikationen gegenüber einem langjährigen Beamten aufgrund seiner FPÖ-Nähe bevorzugt wurde. Diese Entscheidung traf der damalige Generalsekretär Mag. Peter Goldgruber im Namen von Kickl (mittels flapsiger Anordnung via Post-It), obwohl die Personalkommission einstimmig einen anderen Kandidaten favorisiert hatte.

ÖSTERREICH

### Zweite Wahl: Wie Kickl als Innenminister den besten Kandidaten überging



profil.at  
04. März 2024



# RUSSISCHE UNTER- WANDERUNG SCHLIMMER ALS BEFÜRCHTET

Die Spionageaffäre rund um Egisto Ott war formal nicht Teil des Untersuchungsgegenstandes, doch aufgrund der Verhaftung des ehemaligen Verfassungsschützers und mutmaßlichen Doppelspions beherrschte sie den U-Ausschuss zum „rot-Blauen Machtmissbrauch“. Die Causa um Egisto Ott ist nur ein Puzzlestein in der langen Serie blinder Flecken, die Österreichs Beziehung zu – oder besser: Unterwanderung durch – Russland betreffen. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben Österreich über Jahrzehnte in eine strategische Abhängigkeit von Russland manövriert und dabei darauf verzichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um die russische Spionagetätigkeit in Österreich endlich zu beenden – sei es durch die Ausweisung von Diplomat:innen oder die Verschärfung des Spionageparagrafen.



**Putin hijacked Austria's spy service. Now he's going after its government**

politico.eu  
24. Mai 2024



Die FPÖ hat ihre Russlandliebe auf die Spitze getrieben: Das Kabinett von Herbert Kickl sowie der FPÖ-Parlamentsklub pflegten einen verheerenden Umgang mit vertraulichen Dokumenten und Staatsgeheimnissen. Über den FPÖ-Abgeordneten Hans-Jörg Jenewein gelangten Akten und Informationen zu Egisto Ott, der diese wohl an den russischen Spion Jan Marsalek weiterleitete.

## INVESTIGATIV Egisto-Ott-Kontaktmann Jenewein: Sein direkter Draht ins Kickl-Kabinett



profil.at  
15. April 2024



Ein geheim erstelltes Organigramm zeigt: Nach der Zerstörung des österreichischen Verfassungsschutzes BVT unter Innenminister Herbert Kickl wurden zeitgleich im blauen Außenministerium unter FPÖ-Außenministerin Karin Kneissl Pläne geschmiedet, einen eigenen, russlandfreundlichen Geheimdienst aufzubauen. Fünf Referate waren durch den damaligen designierten Generalsekretär im Außenministerium, Johannes Peterlik, geplant – und der mutmaßliche Doppelspion Egisto Ott war im Referat „Koordinierungsstelle“ für einen leitenden Posten vorgesehen. Diese Vorgänge fanden 2019 statt, fünf Jahre nach der russischen Annexion der Krim. Es ist nicht auszumalen, wie dieses Land heute aussähe, wäre dieser Geheimdienst Realität geworden. Die „b'soffene G'schicht“ von HC Strache und Johann Gudenus auf Ibiza machte diesen Plänen letztlich einen Strich durch die Rechnung.



## EXKLUSSIV Ermittlungen in Österreich Wusste Ex-Ministerin von Schatten-Geheimdienst?

Stand: 08.09.2022 18:00 Uhr

In Österreich wird gegen ein mutmaßliches, dem Regime in Russland nächstehendes Agentennetzwerk ermittelt. SWR-Recherchen legen nahe, dass die ehemalige Außenministerin Kneissl in Pläne für einen Schatten-Nachrichtendienst eingeweiht war.

tagesschau.de  
08. September 2022



Aber nicht nur die FPÖ muss hier in Verantwortung genommen werden. Auch bei Putin-nahen ÖVP-Günstlingen gibt es fragwürdige Verstrickungen. Chats zwischen dem russlandnahen Manager Siegfried Wolf und dem ehemaligen ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz, die dem COFAG-U-Ausschuss vorliegen, zeigen, dass eine Intervention zur Verhinderung russischer Sanktionen durch Putin via Wolf jedenfalls nicht ausgeschlossen werden kann.

„WHITE HOUSE ANRUFEN“

## Putin-Freund Wolf bat Kurz um Hilfe bei Sanktionen

Politik | 22.05.2024 16:08

krone.at  
22. Mai 2024



Für NEOS ist klar: Umgehend nach der Nationalratswahl im Herbst führt kein Weg an einem umfassenden Russland-Untersuchungsausschuss vorbei, der die austro-russischen Verstrickungen zu allen österreichischen Parteien und Regierungen schonungslos aufarbeitet.

## DER U-AUSSCHUSS GEHÖRT REFORMIERT - DRINGEND!

Der Untersuchungsausschuss ist das wichtigste Kontrollorgan des Parlaments und das schärfste Instrument gegenüber der Regierung und der ihr nachgeordneten Bundesverwaltung. Doch dieses Instrument wird teilweise von politischen Vertreter:innen, Parteien sowie bestimmten Auskunftspersonen ad absurdum geführt, missachtet oder schlichtweg verhöhnt.

In den vergangenen Wochen haben wir gesehen, dass das Parlament in kürzester Zeit in der Lage ist, zwei parlamentarische U-Ausschüsse gleichzeitig abzuwickeln. Doch auch bei einer kurzen Laufzeit muss gewährleistet werden, dass dem Untersuchungsinteresse der Bürger Rechnung getragen wird. Die Nichterscheinung oder die schlichte Verweigerung, die Ladung entgegenzunehmen, muss stärkere Konsequenzen nach sich ziehen.

Eine Anpassung der Beugestrafen ist notwendig, sowohl bei unentschuldigtem Fernbleiben als auch bei rechtswidriger Entschlagung. Exemplarisch ist hier die Befragung von Mag. Peter Goldgruber, der unter Herbert Kickl Generalsekretär im Innenministerium war. Goldgruber verweigerte die Beantwortung sämtlicher Fragen, da er persönlich den Untersuchungsgegenstand für verfassungswidrig hielt. Das Bundesverwaltungsgericht erklärte diesen Präzedenzfall der kollektiven Entschlagung für rechtswidrig. Die derzeitige Höhe der Beugestrafe könnte jedoch zur Nachahmung motivieren.

Die Befragung von Ex-FPÖ-Innenminister Herbert Kickl unterstrich eine langjährige NEOS-Forderung, die vor der Einsetzung eines neuen U-Ausschusses umgesetzt werden muss: die Aufzeichnung und Übertragung von Sitzungen. Gerade die Befragung politisch höchst exponierter Personen muss endlich öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, diesen Kontrollvorgängen im Parlament zu folgen. Transparenz ist das beste Desinfektionsmittel gegen Korruption. Die Übertragung der U-Ausschüsse wäre ein längst überfälliger Schritt in diese Richtung.



standard.at  
14. März 2024



sn.at  
11. April 2024



### Thomas Sila abgetaucht: Ideenschmiede-Gründer entgeht polizeilicher Vorführung

Thomas Sila, Chef einer FPÖ-nahen Werbeagentur, hatte bereits mehrmals abgesagt, unter anderem mit Verweis auf eine schwere Krankheit.



kleinezeitung.at  
23. Mai 2024



# AUS DEN FEHLERN LERNEN: WAS JETZT ZU TUN IST. REFORMEN FÜR ÖSTERREICH.

## Postenkorrption bekämpfen:

- Entwicklung eines Einstiegstests nach europäischem Vorbild („Concours“) für Bewerber:innen in der öffentlichen Verwaltung bei Tätigkeiten, die eine akademische Ausbildung voraussetzen
- Öffentliche Hearings für Spitzenfunktionen
- Für Auswahl- und Personalkommissionen wird ein neues Auswahlverfahren geschaffen. Externe, unabhängige Expert:innen führen den Vorsitz. Die Mitglieder werden aus einem Pool aus internen Verwaltungsbediensteten und externen Personalexpert:innen per Los bestimmt
- Einführung einer Konkurrentenklage für unterlegene Bewerber als Rechtsmittel gegen unsachliche Entscheidungen der Auswahlkommissionen
- Unwirksamkeit rechtswidriger Besetzungen bei Leitungsfunktionen. Somit können sich die Steuerzahler:innen schadlos halten
- Aktive Rekrutierung und Personalentwicklung: interne Personalentwicklung der Potenziale in der Beamt:innenschaft (statt nur der Regierungsbüros) und Beiziehung von Headhunter:innen für die externe Rekrutierung
- Zeitliche Beschränkung interimistischer Besetzungen, keine Relevanz in der Qualifikationsbewertung innerhalb einer Auswahlkommission



**COFAG 2.0 verhindern:**

- Öffentlich einsehbare Begründung und Darstellung der budgetären und personellen Auswirkungen, wenn Geschäftseinteilungen verändert und neue Posten geschaffen werden.
- Transparente Vergabeverfahren ohne politische Intervention
- Rechtsverbindlichkeit von öffentlichen Beschaffungen erst mit Veröffentlichung
- Umfassende Transparenz schon bei der Förderzusage, um Umgehungsstrukturen zum Vergaberecht hintanzuhalten

**Unabhängigkeit der Strafverfolgung sicherstellen:**

- Unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft an der Spitze der Weisungskette
- Ausreichende Ressourcen und eine Personaloffensive für BAK und WKStA
- Abschaffung der Berichtspflicht bei der WKStA
- Schnellere Verfahren

**Neustart in der Inseratenvergabe:**

- Absolute Höchstgrenzen für Inseratengelder: Nur so kann die demokratiepolitisch bedenkliche Abhängigkeit durchbrochen werden
- Objektive, gesetzlich gebundene Kriterien bei der Vergabe von Inseraten

**Transparente Kontrolle ermöglichen:**

- Reform des Bundesarchivgesetzes: verpflichtende Archivierung jeglicher beruflicher Kommunikation von Staatsorganen, explizites Verbot der Aktenvernichtung, empfindliche Strafen bei Verstößen
- U-Ausschuss reformieren (siehe Kapitel Reform des U-Ausschusses)

**Russische Spionage in Österreich stoppen:**

- Russland-Untersuchungsausschuss nach der Wahl einsetzen, um alle Verbindungen österreichischer Parteien zu Russland lückenlos aufzuklären
- Verschärfung und Ausweitung des Spionage-Paragrafen, um auch die Spionage zum Nachteil dritter Staaten und internationaler Organisationen strafbar zu machen
- Mehr Ressourcen und Personal für die Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN)





**COFAG UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS**

# **FRAKTIONS- BERICHT**

**Fraktionsbericht des NEOS-Parlamentsklubs**

gem § 51 Abs 3 Z 2 VO-UA  
des Abgeordneten Yannick Shetty

zum Untersuchungsausschuss betreffend

Zwei-Klassen-Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch  
ÖVP-Regierungsmitglieder (COFAG-Untersuchungsausschuss)

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>COFAG</b> .....	<b>4</b>
1.1.	Errichtung der COFAG.....	4
1.2.	Die Grünen als ÖVP-Musterschüler: politische Besetzung der COFAG-Geschäftsführer.....	8
1.3.	Wenn selbst EU-Vorgaben egal werden: die Missachtung des EU-Beihilfenrechts .....	11
<b>2.</b>	<b>Das System Benko</b> .....	<b>14</b>
2.1.	Vorhersehbarer Absturz: der Untergang der Signa-Gruppe .....	14
2.2.	René Benkos Steuerdeals .....	19
2.3.	Der „Düsenjet“ der Steuerzahler:innen .....	24
2.1.	René Benkos Luxusanwesen auf Kosten der Steuerzahler:innen .....	26
2.2.	Ferien im Ländle: das „Chalet N“ .....	27
<b>3.</b>	<b>Inseratenkorruption statt Medienvielfalt</b> .....	<b>35</b>
3.1.	Medienverständnis der FPÖ .....	35
3.2.	Inseratenblockade im Gesundheitsministerium .....	38
<b>4.</b>	<b>Russland untergräbt den österreichischen Nachrichtendienst</b> .....	<b>41</b>
4.1.	Hausdurchsuchung im BVT: die Zerstörung des österreichischen Geheimdienstes.....	41
4.2.	Egisto Ott alias Giovanni Parmigiano.....	47
4.3.	Lebensgefahr für Investigativjournalisten: der Fall Christo Grozev .....	51
4.4.	Kickl-Intimus Jenewein: die Aktenautobahn aus dem FPÖ-Klub – nach Russland?.....	52
4.5.	Chat-Set mit Kicks persönlicher Mitarbeiterin: Die Aktenautobahn von N.N. ....	54
4.6.	Martin Weiß: Aliasname „Doktor“ und Strippenzieher .....	56
4.7.	Personalplanungen für den russlandfreundlichen Schattengeheimdienst .....	58
4.8.	Jan Marsalek: Spion zu Gast im Kickl-Ministerium .....	59
4.9.	Stammtisch mit Russland: Die Austro-Russische Freundschaftsgesellschaft und ihre Verbindungen in den Geheimdienst .....	62
4.10.	Kanufahrt mit Folgen: wie Handys aus Tulln nach Russland wanderten .....	64
<b>5.</b>	<b>Ideenschmiede</b> .....	<b>67</b>
5.1.	Signs: was wurde aus dem Kärntner Kickl-Grundstück? .....	72
5.2.	Herbert Kickl als Profiteur des Systems .....	73
5.3.	Ergänzung: Chronologie der Ideenschmiede .....	75
<b>6.</b>	<b>Forderungen für eine bessere Verwaltung</b> .....	<b>76</b>
<b>7.</b>	<b>Forderungen für eine Reform des U-Ausschusses</b> .....	<b>78</b>

# 1. COFAG

## 1.1. Errichtung der COFAG

Bei der COFAG („Covid-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH“) war bereits im Gründungszeitraum absehbar, dass sie zu einer intransparenten Blackbox werden würde. Auch der Rechnungshof teilt diese Ansicht, wie er in seinem Bericht aus dem Jahr 2022 deutlich macht:<sup>1</sup>

„Während die ABBAG den Entwurf der Novelle vorbereitete, war die zuständige Fachabteilung des Bundesministeriums für Finanzen nicht eingebunden. Die Gründe, die für eine neue Fördergesellschaft sprachen, wurden nicht dargelegt. Die COFAG entstand binnen weniger Tage, ohne nachvollziehbare Dokumentation der Willensbildung und Entscheidungsfindung im Finanzministerium sowie ohne Abwägung von Alternativen. Allerdings ist dies auch in einer Krisensituation zum Nachweis der Recht- und Ordnungsmäßigkeit geboten.“

Im Untersuchungsausschuss verdeutlichte auch der Präsident der Finanzprokurator, Dr. Wolfgang Peschorn, die Konstruktion als Blackbox:<sup>2</sup>

**Wolfgang Peschorn:** Wer die richtigen Fragen stellt, ist von der richtigen Antwort nicht weit entfernt. Ich frage Sie: Wem nützt Unklarheit? Aus welchen Gründen strebt wer danach, frei von einer gesetzlichen Bindung agieren zu können?

---

<sup>1</sup> Rechnungshofbericht COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, 2022/31, Seite 11.

<sup>2</sup> 952/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 5, Peschorn.



Es war also möglich, die COFAG als Fördergesellschaft mit einer finanziellen Dotierung von bis zu 19 Milliarden Euro auszustatten, ohne die Willensbildung und die Entscheidungsfindung innerhalb des Gründungsprozesses zu dokumentieren. Alternativen zur COFAG hätte es gegeben – erwogen wurden diese nicht. Dies schafft keinerlei Vertrauen in das Ministerium als staatliche Institution, im Gegenteil: intransparente Konstruktionen befeuern das Misstrauen und die Kritik.

Die Intransparenz wurde vor allem in der Gründungsphase der COFAG auf die Spitze getrieben. Als Bürger:in würde man – vollkommen zurecht – davon ausgehen, dass eine im Finanzministerium angesiedelte Gesellschaft auch von Expert:innen im Finanzministerium beraten und gegründet wird. Das war jedoch nicht der Fall – im Gegenteil: die Abteilungen innerhalb des Ministeriums, die zuständig gewesen wären und fachliche Expertise in diesem Bereich vorweisen können, wurden nicht eingebunden. Das kritisiert auch der Rechnungshof in seinem vernichtenden Bericht, wenn er schreibt:<sup>3</sup>

„Der Rechnungshof hielt kritisch fest, dass die Linienorganisation des Finanzministeriums bei weitreichenden Entscheidungen, die unter Unsicherheit und Zeitdruck zu treffen waren, nicht einbezogen war. Vielmehr zog das Kabinett des Finanzministers einzelne Organisationseinheiten und Personen selektiv bei. Das im Ressort vorhandene Fachwissen floss daher nur eingeschränkt in die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ein.“

Das (politisch besetzte) Kabinett des Finanzministeriums wurde federführend in die Richtlinienerstellung und die Verordnungserarbeitung eingebunden, während die Expert:innen der Fachsektionen nicht konsultiert wurden. Zur Hilfe gezogen wurde nicht die sogenannte Linienexpertise (die Linie bezeichnet die weisungsgebundene

<sup>3</sup> Rechnungshofbericht COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, 2022/31, Seite 142.

Verwaltung), sondern externe Rechtsanwaltskanzleien – auch für die Erstellung der Verordnungen. Auch hier wird der Rechnungshof deutlich:<sup>4</sup>

„Die Erstellung des Erstentwurfs wurde über die COFAG letztlich einem externen Dienstleister übertragen, anstatt die Verordnung – eine der Kernaufgaben von Bundesministerien – federführend im Finanzministerium mit eigenen Personalressourcen, allenfalls unter punktueller Beziehung von externen Dienstleistern, zu erarbeiten.“

Teure Beraterverträge, anstatt die bereits vorhandene Expertise im Ministerium zu nutzen – all das kostete die Steuerzahler:innen letztlich bis Mitte 2021 rund 21 Millionen Euro für Berater:innen und Dienstleister:innen.<sup>5</sup>

Die COFAG war also vor allem eines: Steuergeldverschwendung zur Versorgung von ÖVP-nahen und Grünen Günstlingen. Ganz nach dem Motto „Euer Geld für unsere Leute“ wurden jene Personen mit hochrangigen Posten ausgestattet, die bereits davor im Umfeld der Regierungsparteien waren, statt der Linienorganisation wurden teure Anwaltskanzleien extern beauftragt. Der Leiter der Finanzprokurator, Dr. Wolfgang Peschorn, fällt über diese Verzahnung ein treffendes Urteil und bezeichnet die immer wieder auftretenden Akteur:innen als Interessengemeinschaft:<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Rechnungshofbericht COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, 2022/31, Seite 19.

<sup>5</sup> Rechnungshofbericht COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, 2022/31, Seite 86.

<sup>6</sup> 952/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 61, Peschorn.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Sie haben ja immer wieder gesagt, auch heute, dass es eine zu enge Verzahnung zwischen dem BMF, der Öbag, anderen Anwaltskanzleien und auch der COFAG gegeben hat. Können Sie da konkret werden, welche konkreten Akteure Sie meinen, also im Sinne einer namentlichen Nennung?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Das haben schon frühere Untersuchungsausschüsse zutage gebracht, ich glaube, ich brauche das nur zusammenzufassen, und über die Jahre sind manche Hinweise, die man vielleicht nicht verstanden hat, auch verständlicher geworden. [...] Herr MMag. Thomas Schmid war eine Zeit lang nicht nur Kabinettchef, sondern auch Generalsekretär und hat in diesem Zeitraum unter anderem die Abwicklung der Hypo Alpe-Adria miterlebt. In dem Zusammenhang war eine seiner Vertrauenspersonen Herr Dipl.-Ing. Perner, dem auch ich in dieser Zeit sehr intensiv zuarbeiten durfte, und in diesem Zeitraum hat sich ein Puzzleteil sozusagen zum nächsten gefügt und haben Personen sich intensiver kennengelernt und dann auch für eine längere Zeit eine gemeinsame Interessengemeinschaft gebildet.

Auf die Frage des SPÖ-Abgeordneten Reinhold Einwallner nach der Höhe der Kosten für Beraterverträge zeigte der zuständige Finanzminister a.D. Blümel – wenig überraschend – keine Einsicht:<sup>7</sup>

**Abg. Einwallner (SPÖ):** Dann komme ich zu einem weiteren Punkt: was auch sehr, sehr stark kritisiert wurde – medial öffentlich und auch im Rechnungshofbericht –, waren die hohen Aufwendungen in der COFAG für Beraterverträge, für ein Beraternetzwerk. Welche Wahrnehmungen haben Sie dann dazu?

**Mag. Gernot Blümel, MBA:** Ja, ich glaube, wenn das der Rechnungshof so feststellt, dann ist das auch zu akzeptieren. Ich habe mir das jetzt nicht im Detail durchgelesen und kann deswegen auch nicht sagen, wie meine Meinung zu der Höhe wäre.

<sup>7</sup> 963/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 16, Blümel.

## 1.2. Die Grünen als ÖVP-Musterschüler: politische Besetzung der COFAG-Geschäftsführer

Die COFAG ist ein Beweis dafür, dass die Grünen schnell von der ÖVP gelernt haben. Unmittelbar nach ihrer Gründung wurden zwei Geschäftsführer bestellt, die eine deutliche politische Nähe zu jeweils einer der Regierungsparteien aufwiesen.

Auf ÖVP-Seite wurde Bernhard Perner vorgeschlagen, der Teil des „Inner Circle“ von Thomas Schmid war. Er war mit Schmid sowohl gemeinsam im Kabinett des Bundesministeriums für Finanzen als auch in der ÖBAG tätig.<sup>8</sup>



Als Bernhard Perner 2022 seinen Geschäftsführerposten verließ, wurde die Stelle am 21. Juni 2022 mit dem Juristen Ulrich Zafoschnig nachbesetzt.<sup>9</sup> Er war von 2018 bis 2019 ÖVP-Landesrat in Kärnten.<sup>10</sup> Er bewarb sich laut seiner Aussage im Untersuchungsausschuss über ein Inserat im Internet und erhielt letztendlich auch den Zuschlag für die Stelle. Die Beurteilung der Glaubwürdigkeit dieser Aussage obliegt der Öffentlichkeit.

---

<sup>8</sup> Näheres dazu siehe NEOS-Fraktionsbericht zum ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss S. 50.

<sup>9</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20220621\\_OTS0101/ulrich-zafoschnig-neuer-cofag-geschaeftsfuehrer](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220621_OTS0101/ulrich-zafoschnig-neuer-cofag-geschaeftsfuehrer)

<sup>10</sup> <https://www.meineabgeordneten.at/Abgeordnete/ulrich.zafoschnig>

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Sie haben kandidiert für die ÖVP – 2017?

**Mag. Ulrich Zafoschnig:** Ja.

**Abg Shetty (NEOS):** Ohne Mitglied zu sein?

**Mag. Ulrich Zafoschnig:** Ja.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Also dann fasse ich noch einmal zusammen: Sie haben 2017 für die ÖVP, für die Liste Kurz kandidiert, sind 2018 Mitglied der ÖVP geworden, dann direkt ÖVP-Landesrat, und dann haben Sie über ein Stelleninserat den nach Proporz zugeteilten ÖVP-Posten in der COFAG bekommen. – Ich habe keine weiteren Fragen. Danke.

11



Auch der zweite Geschäftsführerposten wurde – nach türkis-grünem Proporz – mit einer parteinahen Person besetzt. Marc Schimpel, früher Referent im Grünen Parlamentsklub, wurde vom Gewessler-Kabinettschef gefragt, ob er interimsmäßig die Funktion des COFAG-Geschäftsführers übernehmen wolle.

Die Antwort auf die Frage, warum genau er gefragt wurde, offenbart das politische Verständnis bei der Besetzung von hochrangigen Posten<sup>12</sup>:

<sup>11</sup> 966/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 48, Zafoschnig.

<sup>12</sup> 956/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 11, Schimpel.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Warum hat er sie gefragt?

**Mag. Marc Schimpel (MBA):** Ich gehe davon aus, dass das deshalb war, weil ich im grünen Umfeld bekannt war.

13

Auch die Befragung des ehemaligen Finanzministers Gernot Blümel, in dessen Amtszeit die Gründung der COFAG fällt, verstärkt dieses Bild:<sup>14</sup>

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Haben Sie Wahrnehmung, von wem der andere Geschäftsführer, Herr Schimpel, vorgeschlagen wurde?

**Mag. Gernot Blümel (MBA):** Also interimistisch haben wir versucht, auch möglichst klar den Koalitionspartner miteinzubeziehen.

15

Es war also auch für den damals amtierenden Finanzminister völlig selbstverständlich, dass bei der Bestellung der beiden COFAG-Geschäftsführer die Parteizugehörigkeit ausschlaggebend sein soll. Es zählte wieder einmal wen du kennst, und nicht was du kannst.

---

<sup>13</sup> 956/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 11, Schimpel.

<sup>14</sup> 963/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 48, Blümel.

<sup>15</sup> 956/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 4, Schimpel.

### 1.3. Wenn selbst EU-Vorgaben egal werden: die Missachtung des EU-Beihilfenrechts

Das katastrophale Krisenmanagement der türkis-grünen Bundesregierung, während der COVID-19 Pandemie, ging sogar so weit, dass EU-weites Beihilfenrecht gebrochen wurde.

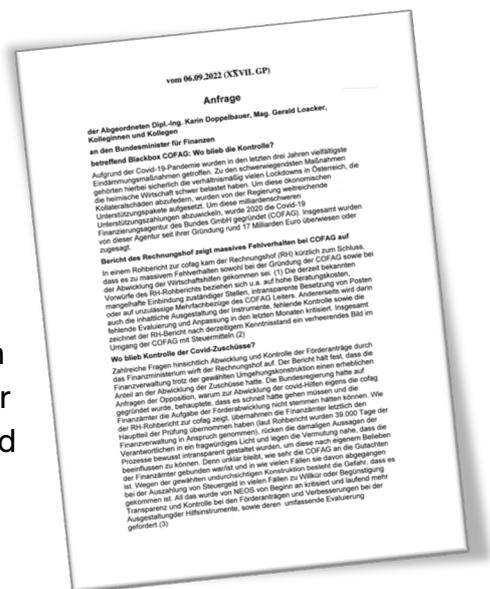
Bei der Beantragung von Covid-Wirtschaftshilfen konnte grundsätzlich jedes Unternehmen, das in einem Konzernverbund war, für sich selbst Zuschüsse beantragen – es wurde keine Konzernbetrachtung vorgenommen.

#### Deutlich wird dieses Problem an folgendem Beispiel:

Ein Unternehmen, das jede seiner Filialen als eigene GmbH führt, konnte für jede einzelne Gesellschaft Covid-19 Förderungen in Anspruch nehmen. Ein Unternehmen, das alle seine Filialen innerhalb derselben GmbH führt, war dem gegenüber stark im Nachteil. Mehrfach wurde das Beispiel der Elektronikette Media Markt herangezogen, die laut Transparenzportal mit 53 Filialen 127 Anträge in drei Jahren gestellt hat. Zum Vergleich: Hartlauer hat mit 160 Geschäften nur drei Anträge gestellt. Während Hartlauer rund 1,4 Millionen Euro an Beihilfen bekommen hat, konnte Media Markt mit der anderen Unternehmensstruktur um ein Vielfaches mehr abrufen.

Die Folge war also: Konzernstrukturen wurden stark bevorzugt, die Zuschüsse wurden weder treffsicher noch dem Wettbewerb entsprechend verteilt – die Ausgestaltung der Förderrichtlinien führte zu einer Ungleichbehandlung.

In einer parlamentarischen Anfragebeantwortung an meine Kollegin Karin Doppelbauer zeigt das Finanzministerium wenig Einsicht und räumt keinerlei Fehler ein. Es wird lediglich darauf verwiesen, dass es gemäß dem EU-Beihilfenrecht auf die „wirtschaftliche Einheit“ ankomme. Außerdem wird laut dem BMF im befristeten Beihilferahmen nicht auf das Gebot einer zwingenden Konzernbetrachtung abgestellt. Deutlich wird



die Missachtung in folgendem Satz: „Diesen Spielraum machten sich die Richtlinien des BMF zunutze“.<sup>16</sup>

Das war kein Fehler, sondern ein vorsätzlicher Bruch von Gesetzen. Der Finanzminister hätte die Notbremse ziehen müssen, wurde er doch mehrfach von Expert:innen auf die beihilferechtlichen Bedenken hingewiesen.

Die Vorgehensweise bei der Ausgestaltung der Förderrichtlinien ist insbesondere merkwürdig, da das Finanzministerium beim Fixkostenzuschuss noch die gängige Rechtslage befolgt hatte und die herrschende Interpretation des Unternehmensbegriffs angewendet hatte – erst bei den folgenden Hilfsinstrumenten ging man von dieser Rechtslage ab.

Die Kritik an dieser Vorgehensweise findet sich ebenfalls im entsprechenden Bericht des Rechnungshofes wieder. Dieser „sah in diesem Zusammenhang bei konzernmäßig verbundenen Unternehmen ein beträchtliches Überförderungspotenzial“<sup>17</sup> und stellte klar, dass sich „die Zuschüsse – infolge der fehlenden Konzernbetrachtung – ungleichmäßig auf ansonsten annähernd vergleichbare Konzernunternehmen verteilen. Dies konnte die Treffsicherheit der Zuschüsse beeinträchtigen.“<sup>18</sup>

Marc Schimpel, der grüne Co-Geschäftsführer der COFAG, bezeichnete diese Vorgehensweise im Rahmen seiner Befragung im Untersuchungsausschuss als „Wermutstropfen“<sup>19</sup> und zeigte wenig Einsicht:<sup>20</sup>

**Mag. Marc Schimpel, MBA:** Der dritte Punkt im Zusammenhang mit der Konzernbetrachtung, die ja auch vom Rechnungshof angeführt worden ist: Ja, was kann ich dazu sagen? – Es war offensichtlich so, dass der Verordnungsgeber eine Rechtsansicht gehabt hat, die sich in der Konsequenz am Ende des Tages nicht mit jener als ident herausgestellt hat, die die Europäische Kommission sozusagen vertreten hat.

---

<sup>16</sup> <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/13183>

<sup>17</sup> Rechnungshofbericht COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, 2022/31, Seite 143.

<sup>18</sup> Rechnungshofbericht COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, 2022/31, Seite 137.

<sup>19</sup> 956/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 21, Schimpel.

<sup>20</sup> 956/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 4, Schimpel.

Er wies die Schuld von sich, wenn er sagt: „Das kann man aber nicht uns anlasten, es führt aber dazu, dass (...) 3.700 Anträge noch offen sind“<sup>21</sup> und meint damit, dass die Missachtung des EU-Beihilfenrechts der COFAG-Führung nicht anzulasten sei. Deutlicher kann das fehlende Problembewusstsein nicht sein – im März 2024 waren noch 3.700 Anträge bei der COFAG offen, weil man das EU-Beihilfenrecht nicht beachtet hat.

Der von Schimpel erwähnte Verordnungsgeber war das Finanzministerium unter der Leitung von Gernot Blümel. Dieser fiel – wie schon im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss – durch ein besonders schlechtes Gedächtnis auf. Auf Fragen nach der fehlenden Konzernbetrachtung meinte er: „Kann ich Ihnen so konkret aus meiner Erinnerung nichts mehr darstellen“<sup>22</sup>, „Da habe ich jetzt keine unmittelbare, konkrete Wahrnehmung dazu.“<sup>23</sup> – viel mehr konnte man dem Bundesminister a.D. nicht entlocken.

---

<sup>21</sup> 956/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 21, Schimpel.

<sup>22</sup> 963/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 9, Blümel.

<sup>23</sup> 963/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 8, Blümel.

## 2. Das System Benko

### 2.1. Vorhersehbarer Absturz: der Untergang der Signa-Gruppe

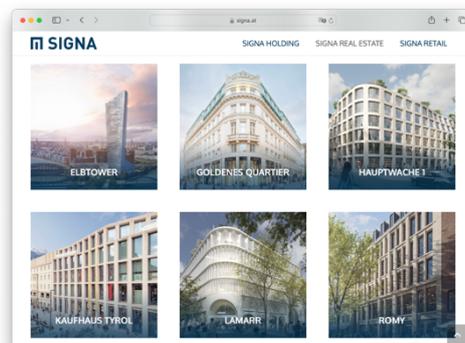
Der Untergang der Signa-Gruppe wird als größte Firmenpleite in die Wirtschaftsgeschichte Österreichs eingehen. Das undurchschaubare Geflecht aus Tochtergesellschaften, Beteiligungen in Gastronomie und Hotellerie sowie zahlreiche Luxusimmobilien machen den Fall so schillernd. Mit der Muttergesellschaft Signa Holding GmbH waren Tochtergesellschaften sowie Zwischenholdings verbunden. Das komplexe Firmengeflecht aus Abhängigkeiten, Beteiligungen, Intercompany-Mietverträgen, Intragroup-Darlehen, Privatentnahmen und Patronatserklärungen war auch für Expert:innen undurchschaubar.<sup>24</sup> So verzeichnete die Signa Holding bis zuletzt eine rasante Steigerung ihrer Bilanzsumme, die nicht mit realen Ergebnissen erklärbar war. Dieser Anstieg war auf eine lange Reihe von Unternehmenskäufen zurückzuführen, die durch niedrige Zinsen und günstige Finanzierungsmodelle ermöglicht wurden. Der Konzern, der ursprünglich nur auf Immobilien spezialisiert war, umfasste zuletzt neben teuren Immobilien auch Handelsketten, Luxushotels, Online-Sportartikelgeschäfte und Medienbeteiligungen. Viele dieser Bereiche waren jedoch alles andere als erfolgreich.

Der Gründer der Signa-Gruppe, René Benko, hat sich vom Schulabbrecher zum Selfmade-Milliardär entwickelt und war in der Vergangenheit erfolgreicher Gastgeber der politischen Elite, nicht nur bei Geschäftsessen und Jagdeinladungen. Er selbst hat sich offiziell schon lange aus der unmittelbaren Geschäftsführung der Signa zurückgezogen und leugnet heute, für die negative Entwicklung der Unternehmensgruppe verantwortlich zu sein. Formell fungierte er nur als Vorsitzender des Beirats der Signa Holding GmbH.



<sup>24</sup> <https://www.profil.at/wirtschaft/signa-sanierer-schmettert-fast-alle-forderungen-ab/402759082>

Es ist jedoch aus heutiger Sicht davon auszugehen, dass Benko diverse Signa Gesellschaften faktisch steuerte und dafür strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könnte. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat hierzu bereits Ermittlungen eingeleitet, es gibt auch zahlreiche Indizien: einer der größten Signa-Investoren, Hans Peter Haselsteiner, hat Anfang des Jahres in einem Interview deutlich gemacht, dass Benko definitiv die Führung innehatte und „die Zügel fest in der Hand hielt“.<sup>25</sup> Von der Justiz zu prüfen wird sein, ob die Verantwortlichkeiten bei Benko wie bei einem Geschäftsführer lagen, der nicht nur Entscheidungen traf, sondern sich im Detail mit Geschäftsfällen befasste und die Führung und Anweisung von Mitarbeiter:innen verantwortete. Dies ist von hoher Relevanz, da er als sogenannter faktischer Geschäftsführer im Falle einer verschleppten Insolvenz für Schäden haftet, die gegenüber Gläubigern entstanden sind, sowie persönlich auch für die rechtzeitige und korrekte Abführung von Steuern und Abgaben.<sup>26</sup>



Mittlerweile ist bekannt, dass die Werte der erworbenen Immobilien in vielen Bereichen künstlich hochgeschraubt wurden, um Banken, Investoren und andere Geldgeber bei Laune zu halten. Dies geschah – ganz rechtskonform – vor allem durch überhöhte, nahezu fantastische Immobilienbewertungen und die Verdoppelung von Mieten, um die Bewertungen positiv zu beeinflussen. Die hohen stillen Reserven, die aus diesen überhöhten Bewertungen resultierten, wurden genutzt, um immer mehr Geld aus dem Markt zu ziehen und damit weitere Käufe zu tätigen. Ein Teufelskreis.

Durch komplexe Finanztransaktionen und Vermögensverschiebungen wurde das Geld dem Konzern entzogen und eine Vielzahl von Beteiligten profitierte lang davon. Deswegen sah auch niemand so genau hin. Anwäl:innen, Notar:innen, Berater:innen und andere Akteur:innen verdienten prächtig an der Signa und ihren Ausschüttungen. Die Gesellschafter:innen, hauptsächlich René Benko und seine Großinvestor:innen, erhielten hohe Dividenden. Eine Schlüsselrolle spielte dabei das intransparente Geflecht aus rund tausend Gesellschaften, das es ermöglichte, hohe Profite zu

<sup>25</sup> <https://kurier.at/wirtschaft/signa-haselsteiner-benko-insolvenz-interview-kredit-crash-pleite/402754348>.

<sup>26</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000210788/war-benko-faktischer-geschaeftsfuehrer-und-welche-folgen-haette-das>.

erzielen, indem Immobilien zwischen verschiedenen Signa- und Benko-Firmen hin- und herverkauft wurden.<sup>27</sup>

Die scheinbar milliardenschwere Signa Holding GmbH wurde in Österreich als sogenannte „kleine GmbH“ im Sinne des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) geführt. Das System hat sie wohl bewusst genutzt, um Veröffentlichungspflichten zu umgehen. Diese Gesetzeslage begünstigt die Intransparenz gegenüber Dritten, da kleine GmbHs ihren Jahresabschluss auch nicht von Abschlussprüfer:innen bzw. Wirtschaftsprüfer:innen prüfen lassen müssen.<sup>28</sup>

Die Signa verschleierte aber nicht nur über das komplexe Firmengeflecht und diverse Treuhandschaften die Eigentümerschaft, sondern verzögerte zudem die Veröffentlichungen ihrer ohnehin nicht sehr ausführlichen Finanzberichte. Für eine Verzögerung der Vorlage von Jahresabschlüssen ist im österreichischen Recht eine nur geringe Strafe vorgesehen. Eine Zwangsstrafverfügung bei Nichteinlangen von Jahresabschlüssen, die sich alle zwei Monate wiederholt, liegt bei kleinen GmbHs bei lediglich 700 Euro.<sup>29</sup> Ein Betrag, den sonst auch schon mal eine gute Flasche Wein beim Signa-Geschäftssessen kosten darf.

Seit Beginn seiner Karriere pflegte René Benko intensive Kontakte in die Politik und politiknahe Bereiche. Legendär sind seine Einladungen beispielsweise zum Törggelen oder die Sommerfeste in seiner italienischen Villa. Er versorgte Ex-Politiker mit lukrativen Posten in seinen Signa-Gesellschaften und zahlte Millionenbeträge für das Wissen seiner Berater:innen – oder für ihre innenpolitischen Netzwerke. Unter ihnen war auch SPÖ-Altkanzler Alfred Gusenbauer, der nur wenige Wochen nach seinem Austritt aus der Politik bei René Benko unterkam. Alfred Gusenbauer war Aufsichtsratsvorsitzender, Beirat und Berater in diversen Signa-Gesellschaften und stellte Honorarnoten in Millionenhöhe.<sup>30</sup>



<sup>27</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000212021/aufgeblasen-bis-zum-platzen-drei-stufen-die-das-system-signa-ausmachten>.

<sup>28</sup> <https://www.usp.gv.at/steuern-finanzen/betriebliches-rechnungswesen/finanzbuchfuehrung/jahresabschluss.html>.

<sup>29</sup> <https://www.usp.gv.at/steuern-finanzen/betriebliches-rechnungswesen/finanzbuchfuehrung.html>.

<sup>30</sup> <https://www.profil.at/investigativ/alfred-gusenbauer-signas-neuer-millionenglaebiger/402724153>.

Ganz vorne mitgemischt hat auch Ex-Kanzler Sebastian Kurz, der beispielsweise bei der Kika/Leiner-Übernahme durch die Signa seinen Freund Benko tatkräftig unterstützte.<sup>31</sup> Nach seinem Ausscheiden aus der Politik diente auch er als externer Berater für René Benko.<sup>32</sup>

Dies beanstandete der Chef der Finanzprokurator, Dr. Wolfgang Peschorn, bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss. Er kritisierte nicht nur die Beraterverträge, sondern auch die auffälligen Verfehlungen aufseiten des Signa-Konglomerats.<sup>33</sup> Doch der Einfluss des Signa-Gründers reichte weiter – bis tief in das Finanzministerium und die Finanzverwaltung.<sup>34</sup>

Im COFAG-Untersuchungsausschuss meinte Dr. Peschorn dazu:<sup>35</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Meiner Erinnerung nach habe ich keine konkreten Personen genannt, sondern ich habe darauf hingewiesen – in Anbetracht dessen, was bei Signa bekannt geworden ist –, dass es wichtig ist, dass keine Interessenkonflikte bestehen bei Personen, die Verantwortung zu übernehmen haben im Unternehmen. Wenn man das für Politiker und Entscheidungsträger im öffentlichen Leben einfordert, dann gilt das aus meiner Sicht genauso, oder mindestens genauso auch für Entscheidungsträger im privaten Unternehmen: dass sie ganz klar ihre persönlichen Interessen von den Interessen des Unternehmens abgrenzen. Darauf sollte immer geachtet werden. Da gibt es viele Beispiele, da steht nicht nur Signa dafür.

---

<sup>31</sup> <https://www.falter.at/zeitung/20230621/warum-helfts-ihr-dem-benko-so>.

<sup>32</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000218409/benko-liess-informationen-zu-bankenpruefern-researchern-und-schickte-sie-danach-an-kurz>.

<sup>33</sup> <https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/17962410/sehe-ganz-ganz-grosse-verfehlungen-aufseiten-des-signa-konglomerats>.

<sup>34</sup> <https://zackzack.at/2022/10/18/steuermann-benko-thomas-schmid-packt-aus>.

<sup>35</sup> 952/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 20, Peschorn.

Die Einflussnahme Benkos ging sogar so weit, dass er mutmaßlich sogar eine eigene Datenbank hatte, die ihm Übersicht über seine „Interventionen“ erlaubte, so die Vorwürfe aus einer anonymen Anzeige bei der WKStA. René Benko selbst wollte im Ausschuss dazu keine Angaben machen.<sup>36</sup>

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Ich werde die Zeit nutzen, um in der Zwischenzeit zu erläutern, worum es geht. Es ist ein kurzes Dokument, eine anonyme Whistleblowermeldung aus der Signa, die uns im Rahmen des Untersuchungsausschusses übermittelt wurde – Seite 3.

Ich darf zitieren: unter der Überschrift „Meldungstext“ schreibt dieser Whistleblower, dass der Leiter der IT Signa erzählt hat, „dass die Zuwendungen“ – also ich übersetze das jetzt einmal mit Bestechungszahlungen; meine Interpretation – „durch René Benke an Dritte ein Ausmaß erreicht haben, dass René Benko eine Datenbank Applikation zur persönlichen Übersicht braucht. Diese Datenbank Applikation hat er [...] bei LieberLieber in Wien beauftragt.“

Sie ist „nicht im Signa Netzwerk verfügbar, sondern nur auf einem Stand Alone Notebook ohne Netzwerkzugang im Chefbüro von René Benko zugänglich.“ Haben Sie dazu Wahrnehmungen? (...)

**René Benko:** Da es sich hier um einen strafrechtlichen Vorwurf handelt, noch dazu einen, der weit entfernt ist vom Zeitraum der Periode des Untersuchungsausschusses, werde ich mich der Antwort entschlagen.

---

<sup>36</sup> 979/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 94ff, Benko.

## 2.2. René Benkos Steuerdeals

Benkos rasante Karriere könnte auch mit seinen ersten auffälligen Steuerdeals zu tun haben und das sogar schon zu Schillingzeiten. Seine mutmaßliche Sonderbehandlung scheint bereits damals gefruchtet zu haben, legt zumindest ein Aktenvermerk aus der Finanzverwaltung Innsbruck aus dem Jahr 2001 nahe.

Anregung zur Durchführung einer USO-Prüfung		
Für den Zeitraum 04/2001 bis laufend		
Bei (Name und Anschrift des Abgabepflichtigen) Immofina Holding GmbH Salurnerstr. 1 6020 Innsbruck		
vertreten durch Wirtschaftstreuhand Tirol GmbH & Co KEG Rennweg 18 6020 Innsbruck		
Betriebsgegenstand oder ÖNACE-Nummer (bzw. BKZ) Vermögensverwaltung	Gewinnermittlung § 5 ESIG	Betriebskategorie
<b>Ausführliche Begründung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Völlig undurchsichtige Vorgänge</li> <li>• Erhebungen der Strafsachenabteilung laufen (Zi. [REDACTED])</li> <li>• Auf das Schreiben von Prüfer [REDACTED] wird verwiesen</li> <li>• Rückzahlungsauftrag</li> </ul>		
Bearbeiter(in) [REDACTED] Datum, Handzeichen [REDACTED]	[REDACTED]	Genehmigung Datum, Handzeichen _____

37

Ein Steuerprüfer stellte bei einer Routinekontrolle fest, dass es bei den Benko-Unternehmen Immofina Holding GmbH und Medicalpark Liegenschaftsbetriebs GmbH zu mehreren Privatentnahmen gekommen war. Der Prüfer ortete eine verdeckte Gewinnausschüttung und regte eine Sonderprüfung an. Was dann geschah, ist nicht dokumentiert, aber die Leitung des Finanzamtes Innsbruck sah ohne Begründung davon ab.

<sup>37</sup> Aktenvermerk FA-Innsbruck aus 2001.

Sachverhalt bei Firma Medicalpark GmbH:

Am 10.03.2000 wurden von der Kassa 2 000 000,- (zwei Millionen) mittels Eigenbeleges („Darlehen an Benko“) entnommen.

Benko war zu diesem Zeitpunkt Mehrheitsgesellschafter und GF dieser Firma.

Am 24.01.2001 wurden (gleiche Vorgangsweise wie am 10.03.2000 bzw. wie bei Immo fina GEmbH.) weitere ATS 2 750 000,-- entnommen.

Über diese Entnahmen gibt es außer den Eigenbelegen keinerlei schriftliche Unterlagen.

Der Prüfer vertritt die Auffassung, dass ein begründeter Verdacht einer vGa. gegeben ist weil es über diese Geschäftsfälle keine weiteren schriftlichen Unterlagen gibt, es für das Vorliegen eines Darlehens (für die steuerliche Beurteilung) von besonderer Bedeutung ist, dass von Beginn an klare Vereinbarungen zwischen den Gesellschaftern (hier R. Benko) und den Kapitalges. Vorhanden sind, insbesondere über Kündigung, Tilgung, Rückzahlungszeitpunkt, Sicherheiten usw., da sich nach Ansicht des Prüfers nur dann ein wesentliches Merkmal dafür ergibt, dass eine Rückzahlung ernsthaft beabsichtigt ist.

Dies sollte nicht die einzige Entscheidung des Finanzamts Innsbruck bleiben, die im Nachhinein zu untersuchen ist. 2018 hatte die Signa Holding ihren glänzenden Firmensitz in der Wiener Innenstadt. Damals nahm das Finanzamt Wien 1/23 gerade den Verkauf eines Gebäudekomplexes genauer unter die Lupe, der später als „Tuchlauben Deal“ Bekanntheit erlangte.

Die Tuchlauben ist eine Straße in der Wiener Innenstadt, die dem Komplex ihren Namen gab. Signa verkaufte 2008 die dort angesiedelte Gesellschaft an die Luxemburger Gesellschaft SICAR. Diese veräußerte das gerade erworbene Schnäppchen nur 14 Tage später erneut – diesmal jedoch mit einem Aufschlag von 54 Millionen Euro.

Dies beschrieb auch der zuständige Finanzprüfer bei der Befragung im Untersuchungsausschuss ausführlich:<sup>38</sup>

**Mag. Werner Löffler:** Ich stelle jetzt den Sachverhalt wirklich vereinfacht dar und auch nicht juristisch dar. Es wurde von der Signa eine Gesellschaft nach Luxemburg verkauft. Diese Gesellschaft heißt Sicar – auch kurz gehalten, ich glaube, es ist ein Fonds – und das war eine nahestehende Gesellschaft, eine Signa nahestehende Gesellschaft, und in dieser Gesellschaft befand sich eine Liegenschaft: das Goldene Quartier. Der Preis betrug 141 Millionen Euro, und diese 141 Millionen waren ohne Gewinnaufschlag. Das heißt, diese Anteile an dem Unternehmen mit dieser Liegenschaft wurden ohne Gewinnaufschlag verkauft.

14 Tage nachdem der Verkauf stattgefunden hatte, wurde von dieser luxemburgischen Gesellschaft – wie gesagt, 14 Tage später – dasselbe, dieselben Beteiligungen, um 195 Millionen weiterverkauft. In 14 Tagen ist ein Gewinn von 54 Millionen entstanden. Man muss jetzt sagen: die Anschaffung war im Oktober 2007, der Verkauf war im Juni 2008 – und es hat mir nicht gefallen, dass in Österreich kein Gewinn anfällt und in Luxemburg, wo das Ganze nicht versteuert wird, 54 Millionen.

Das Finanzamt Wien 1/23 wollte daraufhin eben diesen erhöhten Betrag als Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer („KÖSt“) ansetzen, weil eine Wertsteigerung in dieser kurzen Zeit in dieser Höhe nicht lebensnah schien. Diverse Gutachten stützten dabei die Rechtsmeinung der Finanzbeamten:innen in Wien. Doch René Benko und seine Phalanx von Steuerberater:innen waren anderer Meinung, und die galt es, um jeden Preis durchzusetzen.

René Benko ist schon lange gut vernetzt, sowohl mit der Politik als auch mit der Wirtschaftselite des Landes. Generalsekretär Thomas Schmid („Ich liebe meinen Kanzler“), Sektionschef Eduard Müller, heute Chef der Finanzmarktaufsicht in Österreich, und Roland Macho, Leiter der Großbetriebsprüfung im Finanzamt, fanden sich in Chatverläufen wieder.

<sup>38</sup> 954/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 20, Löffler.

Die enge Verbindung und der wohl gleiche „Mindset“ des ehemaligen BMF-Generalsekretärs Thomas Schmid und des früheren Sektionschefs und Kurzzeitfinanzministers Eduard Müller waren ursächlich dafür, dass ihnen im Umfeld der Finanzverwaltung der abschätzig Spitzname „Zwillinge“ verliehen wurde. Diese Bezeichnung bezog sich nicht nur auf ihre ähnliche Vorgehensweise, sondern auch auf ihre enge Zusammenarbeit und die vielfach abgestimmten Handlungen.

Müller und Schmid kooperierten demnach eng, was sich besonders deutlich in den Chats von Schmid zeigt, in denen er sich und Müller als „zwei Buddys“ bezeichnete.

**Mag. Dr. Erich Lochmann:** Wenn man retrospektiv die Chats vom Schmid liest, dann wird einem sozusagen so einiges klar, wie etwas sozusagen hinter den Kulissen abgelaufen ist.

Ich glaube, er hat einmal einen Chat oder ein WhatsApp geschrieben, wir sind die zwei Buddys oder wie; der Schmid, glaube ich, dem Müller oder so. Wie gesagt, im BMF-Umfeld haben sie von den Zwillingen gesprochen, und die Bezeichnung habe ich halt übernommen.

39

Auch mehrere Treffen und Interventionsversuche bei der Leitung des Finanzamts Wien 1/23 führten nicht dazu, dass die zuständigen Beamt:innen sich der Meinung Benkos anschlossen. Er war nicht bereit, die hohe Bemessungsgrundlage zu akzeptieren. Anstatt wie jeder:r Steuerzahler:in seine Steuerlast hinzunehmen und zu begleichen, verlegte Benko den Firmensitz der Gesellschaft während der laufenden Prüfung einfach nach Innsbruck. Ein absolut ungewöhnlicher Vorgang, wie zahlreiche Finanzbeamt:innen bestätigen.

Überrascht über diesen Schritt war jedenfalls der damalige Leiter des Finanzamts Wien und er beschloss, das Finanzamt Innsbruck offiziell über seine Entscheidungsgründe in Kenntnis zu setzen. Sogar ein eigener Aktenvermerk wurde dazu angefertigt, der später zu heftigen Reaktionen im BMF führte. In diesem hieß es u.a. „... aufgrund dieser Umstände war das FA Wien 1/23 nicht bereit, die Verantwortung für das Ergebnis zu übernehmen.“

---

<sup>39</sup> 955/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 19ff, Lochmann.

Was heißt das? Der Beamte konnte es mit seinem Gewissen und mit seiner Rechtsmeinung nicht vereinbaren, dass Benko und der Signa ein solcher Deal quasi an der Steuer vorbei genehmigt wurde.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Sie erwähnen in Ihrem Votum, dass Sie – ich brauche es, glaube ich, nicht erneut vorzulegen, weil wir es schon hatten – nicht nachvollziehen können, warum der Wechsel nach Innsbruck erfolgt ist, sondern vermuten. Jetzt sind Gegenstand der Fragen natürlich nicht Vermutungen, aber Sie hatten damals Wahrnehmungen über Vermutungen. Da würde ich Sie schon bitten, vielleicht konkreter zu werden, welche Wahrnehmungen über Vermutungen Sie damals hatten.

**Mag. Werner Löffler:** Ich hatte auch keine Wahrnehmungen. Ich hatte nur eigene Vermutungen, weil ein Wechsel normalerweise immer erst stattfindet, nachdem feststeht, wie die Bescheide ausschauen werden. Das ist dann einfacher abzuwickeln. Aber die genauen Vermutungen kann ich nicht sagen. Es ist mir nur zu schnell gegangen. Es ist mir nur zu schnell gegangen. Das war der Grund, ja.

40

Man könnte annehmen, es gilt in ganz Österreich dasselbe Steuerrecht – doch nicht so bei René Benko. Zwei Wochen nach dem abrupten Wechsel des Firmensitzes nach Innsbruck entschied man dort zugunsten von Benko und reduzierte die KÖSt-Bemessungsgrundlage auf 36 Millionen Euro. Steuerersparnis auf Seiten der Signa? Rund 3,5 Millionen Euro.<sup>41</sup>

---

<sup>40</sup> 954/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 24, Löffler.

<sup>41</sup> <https://www.falter.at/zeitung/20230621/warum-helfts-ihr-dem-benko-so>.

## 2.3. Der „Düsenjet“ der Steuerzahler:innen

Das Finanzamt Innsbruck, das auch über das Finanzamt Kufstein/Schwaz René Benko und seine „Düsenjetfirma“ prüfte, geriet erneut in den Fokus. Zufall? Die Tochtergesellschaft einer von Benko kontrollierten Privatstiftung wurde einzig zu dem Zweck gegründet, einen Businessjet zu betreiben.<sup>42</sup>



So hat der Steuertrick von Benko funktioniert: Die Signa Holding zahlte für die Nutzung des Flugzeugs, doch diese Zahlungen reichten nicht aus, um alle anfallenden Kosten zu decken. Privatflüge von René Benko wurden nicht dokumentiert, und die Verluste des Flugzeugbetriebs machte Benko in seiner persönlichen Steuererklärung geltend. Das Finanzamt Kufstein/Schwaz akzeptierte diese Vorgehensweise bis 2017, was Benko eine erhebliche Steuergutschrift einbrachte. Steuerprüfer:innen erklärten im U-Ausschuss, dass diese Konstruktion dem Unternehmer half, Millionen an Steuern zu sparen.

Im Jahr 2022 wurde die „Düsenjetfirma“ erneut geprüft, diesmal nicht vom Finanzamt Kufstein/Schwaz, sondern von der Großbetriebsprüfung. Nach der Veröffentlichung der berüchtigten SMS von Generalsekretär Thomas Schmid wandte sich der Leiter des Prüferteams nämlich an die WKStA und forderte relevante Akten an.

Gut, dass Flieger geklärt ist!  
Jetzt müssen wir noch den Rest hinbringen



43

Schmid gab später an, Benko habe ihm mit der Aussicht auf einen Spitzenjob bei Signa einen Vorteil verschaffen wollen – im Gegenzug für ein Entgegenkommen in diversen Steuersachen. Wenn Thomas Schmid die Wahrheit sagt, handelt es sich beim

<sup>42</sup> 955/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 20, Lochmann.

<sup>43</sup> <https://zackzack.at/2022/10/18/steuermann-benko-thomas-schmid-packt-aus>.

Versprechen von Benko an Schmid um Bestechung und damit lupenreine Korruption. Für Benko gilt die Unschuldsvermutung.<sup>44</sup>

Der Prüfer der Großbetriebsprüfung Lochmann kritisierte zudem die damalige Außenprüfung: „Aus unserer Sicht ist auch der Organisationsablauf der damaligen Außenprüfung nicht nachvollziehbar, einschließlich des Abschlusses der Prüfung und der Beurteilung.“

Steuerprüfer Lochmann erklärte im COFAG-U-Ausschuss, dass der Privatjet von René Benko de facto von den Steuerzahler:innen mit neun Millionen Euro subventioniert wurde. Die Behörde beabsichtigt nun, den Privatjet als „Liebhaberei“ einzustufen, wodurch eine Steuernachzahlung von vier Millionen Euro fällig würde.

**Mag. Dr. Erich Lochmann:** Also, um das betragsmäßig auf den Punkt zu bringen, hat der Steuerzahler mit in Summe bisher 9 Millionen Euro diesen Flieger mitfinanziert. Das ist korrekt.

---

<sup>44</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000210629/benkos-jet-kostete-steuerzahler-viel-geld>.

<sup>45</sup> 955/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 20, Lochmann.

## **2.1. René Benkos Luxusanwesen auf Kosten der Steuerzahler:innen**

Ein Schloss allein genügte René Benko nicht als Hauptwohnsitz. Daher ließ er 2019 das frühere Schlosshotel Igls in Innsbruck in eine Luxusvilla umbauen. Die für den Bau beauftragte Firma, die wiederum einer Benko nahestehenden Stiftung zuzurechnen war, gab an, dass die Villa gewerblich genutzt werde und machte daher die Umsatzsteuer über Vorsteuerabzüge geltend. Bei tatsächlich gewerblicher Nutzung einer Immobilie ist das selbstverständlich üblich und erlaubt. Pikant ist jedoch, dass als offizielle Mieterin der Villa zwar die Signa Holding auftrat, diese aber René Benko unentgeltlich, als Dienstnehmer darin wohnen ließ, so der Vorwurf der Finanz.

Zwischen 2016 und 2023 wurden auf diese Art zwölf Millionen Euro Umsatzsteuer an die Signa retour erstattet. Erst 2020 begann man innerhalb der Finanzverwaltung, die unternehmerische Tätigkeit und somit auch das Recht auf Erstattung der Umsatzsteuer anzuzweifeln. Wegen der daraufhin eingeleiteten Betriebsprüfung setzte die Finanzverwaltung die Erstattungen vorübergehend aus. Ende 2023, nach Bekanntwerden der Signa-Insolvenz, wurde schließlich ein Pfandrecht auf die Villa eingetragen, denn der Verdacht auf „steuerlichen Gestaltungsmissbrauch“ stand im Raum.<sup>46</sup>

---

<sup>46</sup> <http://www.derstandard.at/story/3000000213856/wie-es-eine-benko-firma-schaffte-steuerabzuege-fuer-dessen-luxusvilla-zu-erhalten>.

## 2.2. Ferien im Ländle: das „Chalet N“

Vom Luxus-Anwesen in Innsbruck zu René Benkos Feriendomizil, dem „Chalet N“ in Lech ist es geografisch nicht sehr weit. Die beiden Anwesen haben aber noch etwas gemeinsam: beide sind als Gewerbebetrieb angemeldet und genießen dadurch alle steuerlichen Vorteile, die Privaten sonst nicht zustünden.

Die Vermutung, dass das „Chalet N“ in Lech kein gewöhnliches Fünf-Sterne-Hotel, sondern ein von René Benko als Ferienwohnung genutztes Domizil war, wird aber bei der Betrachtung der Meldedaten während des ersten Lockdowns im März und April 2020 bekräftigt. Während alle Gewerbebetriebe geschlossen halten und rund 1.000 Saisonkräfte ihre Heimreise antreten mussten, verbrachte René Benko mit Begleitung mehrere Wochen im als Hotel deklarierten „Chalet N“.<sup>47</sup>

Zudem erhielt die Betreibergesellschaft des „Chalet N“, die Signa Luxury Collection GmbH, über eine Million Euro an Corona-Förderungen, weil der Hotelbetrieb nicht aufrechterhalten werden konnte.

Es wird also vermutet, dass René Benko das Hotel entgegen der Darstellung in der Öffentlichkeit als privates Feriendomizil nutzte, sich aufgrund der gewerblichen Einstufung Steuern sparte und hierfür außerdem noch Corona-Förderungen bekam.<sup>48</sup>



<sup>47</sup> ORF Vorarlberg, 11.04.2020, Milliardär Rene Benko sorgt für Zwist in Lech, <https://vorarlberg.orf.at/stories/3043595/>.

<sup>48</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000217169/corona-hilfen-fuer-ein-privates-domizil-gaesteliste-von-benkos-chalet-n-wirft-fragen-auf>.



Auch pikant: Der sanktionierte ukrainische Oligarch Vadym Novynskyi konnte 2023 ungehindert nach Österreich einreisen und war Gast im „Chalet N“ von René Benko in Lech.<sup>49</sup>

Auf die Fragen im Untersuchungsausschuss, ob ÖVP-Politiker:innen oder Personen, die der ÖVP nahestehen, in das „Chalet N“ eingeladen wurden, entschlägt sich René Benko immer wieder aufs Neue widerrechtlich der Aussage. Das brachte ihm eine Beugestrafe, die er nun persönlich bezahlen muss und jedenfalls nicht steuerlich absetzen kann.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** So, dann frage ich jetzt noch einmal: Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass Sie mit folgenden Personen, die ich Ihnen jetzt aufzählen werde, gemeinsam im Chalet N anwesend waren? [...] Erste Person wäre der ehemalige Bundeskanzler Sebastian Kurz.

**René Benko:** Ja, Sie können so fragen, aber ich habe schon gesagt, zum Themenkomplex Chalet N entschlage ich mich.

<sup>49</sup> X, 02.04.2024, Russen-Oligarch zu Gast in Benkos Chalet N?, <https://x.com/yannickshetty/status/1775211365344403754>

<sup>50</sup> 979/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 89ff, Benko.

**Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer:** Also so, wie jetzt die Frage formuliert ist, nämlich ob Sie dort die betreffende Person getroffen haben oder gemeinsam an diesem Ort X anwesend waren, so ist sie zulässig. Eine Entschlagung wäre in diesem Fall eben nicht zulässig.

**René Benko:** Gut, aber in dem Fall: zum Themenkomplex Chalet N muss ich mich entschlagen. [...]

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Waren Sie gemeinsam mit dem derzeitigen Finanzminister Magnus Brunner im Chalet anwesend?

**René Benko:** Das ist schon wieder eine Frage zu Chalet N. [...]

**Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer:** [...] Ich mache Sie, Herr Benko, darauf aufmerksam, dass ich auch in diesem Fall, wenn Sie die Aussage verweigern, vor dem Bundesverwaltungsgericht die Verhängung einer Beugestrafe beantragen kann. Das Bundesverwaltungsgericht kann auf meinen Antrag eine Beugestrafe bis zu 1000 Euro verhängen. Bleiben Sie dabei, die Aussage zu verweigern?

**René Benko:** Ja. Weil es der gleiche Grund ist wie bei der Frage zuvor. [...]

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Ich möchte aus zeitökonomischen Gründen eine letzte gesammelte Frage machen: ob Sie gemeinsam mit Herrn Blümel, Frau Köstinger, Herrn Axel Melchior, Herrn Bonelli, Herrn Stefan Steiner, Herrn Sobotka und Frau Johanna Mikl-Leitner anwesend waren. [...]

**René Benko:** Gut, es ist der gleiche Entschlagungsgrund wie zuvor.

51

Die Betreibergesellschaft des „Chalet N“, welche der Signa Holding zugerechnet wurde, mietete offiziell das „Chalet N“ von der Muxel Berggasthof Schlössle GmbH, die wiederum der Laura Privatstiftung zugerechnet wird, für 1,2 Millionen Euro pro Jahr.

Die Betreibergesellschaft zahlte jedoch sehr unregelmäßig bis kaum ihre Miete – und so bestand bereits 2019 ein Mietrückstand von knapp 5,9 Millionen Euro. Wäre ein:e

<sup>51</sup> 979/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 89ff, Benko.

„normale:r“ Steuerzahler:in mit der Miete oder ein:e Restaurantbetreiber:in mit der Pacht derart im Rückstand gewesen, hätte diese:r längst eine Räumungsklage im Briefkasten. Das gilt aber nicht für Profiteure des System Benko. Die Miete wurde nicht eingefordert, dadurch entgingen der Finanz aber auch Steuereinnahmen.

Der zuständige Finanzprüfer aus Innsbruck erkannte das 2019 und veranschlagte für die Nachzahlung einen Zinssatz von 2,5 Prozent. Auch das war wieder ein guter Deal für René Benko, denn jede:r andere Unternehmer:in hätte auf Grundlage der Zinsen, die im UGB geregelt sind, zu diesem Zeitpunkt mindestens 8,58 Prozent Zinsen bezahlen müssen.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Na gut. Das empfinde ich als interessante Auslegung dieses Erlasses.

Dann bleiben wir kurz beim Chalet N. Ich würde gerne Vorlage 5, Seite 5 vorlegen. (Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Im Absatz „Würdigung Außenprüfung“ sagen Sie – das wurde heute schon erwähnt –, dass Sie meinen, ein Zinssatz von 2,5 Prozent wäre „wirtschaftlich angemessen“. Nach UGB wäre in diesem Zeitraum ein Zinssatz von 8,58 Prozent angemessen gewesen. Wie sind Sie auf die 2,5 Prozent gekommen?

**Paul Deutschmann, BA:** Zu dem Zeitpunkt war eine Niedrigzinsphase, und wir waren der Meinung, im Zuge der Prüfung, dass nur für diesen Zeitraum sozusagen ein Zinssatz von 2,5 Prozent – das habe ich davor schon erwähnt –, und wir haben das auch dem Steuerberater kommuniziert, heranzuziehen ist.

Den UGB-Zinssatz, den Sie jetzt da nennen, den kenne ich nicht und den haben wir da in dem Fall nicht angewendet.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Hätte Benko zu dem Zeitpunkt bei der Tischlerei XY Schulden gehabt, hätte er fast 9 Prozent Zinsen zahlen müssen. Die Finanzverwaltung hat 2,5 Prozent festgelegt. – Aber das war eine Feststellung, keine Frage.

52

Ob die Mietrückstände samt Zinsen und die Miete in den Folgejahren ordnungsgemäß gezahlt wurden, lässt sich nur vermuten. Fakt ist, dass sich der Bilanz und dem Jahresabschluss der Signa Luxury Collection GmbH zum Stichtag 31.10.2021 entnehmen ließen, dass sich die Verbindlichkeiten gegenüber der Muxel Berggasthof Schlössle GmbH auf über neun Millionen Euro angehäuften und das Eigenkapital einen negativen Wert von knapp 17 Millionen Euro aufwies.<sup>53</sup> Die Frage der

<sup>52</sup> 957/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 37, Deutschmann.

<sup>53</sup> Bilanz zum 31.10.2021 der Signa Luxury Collection GmbH.

ordnungsgemäßen Miet(rück)zahlungen und der Versteuerung derselben scheint sich zu erübrigen.

Anzeichen für René Benkos Steuertricks gab es genügend. Ein redlicher Finanzbeamter erkannte schon frühzeitig das System Benko und wandte sich an Roland Macho, den Leiter der Großbetriebsprüfung im Finanzamt Österreich, der mit Thomas Schmid, Eduard Müller und auch mit René Benko verkehrte (siehe oben).

„Nach dem Kenntnisstand der GBP (Team 72, Ibk) hat die Gruppenträgerin Signa Holding GmbH in den letzten Jahren keine Ertragssteuer bezahlt, obwohl immer wieder erhebliche Wertsteigerungen im Konzern realisiert wurden; auch die Privatstiftung zahlt kaum Steuern (Schachtelprivileg) und die dahinter stehende natürliche Person [Anm.: René Benko] bekommt die Lohnsteuer weitgehend zurück, weil sie ihre Einkünfte nsA mit negativen Tangenten aus einer Flugzeugvermietung ausgleicht (vom Finanzamt Schwaz geprüft).“<sup>54</sup>

Auskunftsperson Mag. Dr. Erich Lochmann wurde im Zusammenhang mit obiger Mail aus 2017 auch im Untersuchungsausschuss befragt:

---

<sup>54</sup> Aktenfaksimilie, interne Kommunikation Finanzbedienstete, 2017.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Aber die Frage, die sich uns ja stellt, ist: warum wurde es nicht früher bescheidmäßig umgesetzt? Meine Frage wäre: ist so etwas normal? Trifft das auf den Maxi Müller auch zu, der einen Tischlereibetrieb in Oberösterreich hat, dass es, wenn man in der Finanzverwaltung weiß, der zahlt aufgrund seiner Konstruktion keine Steuern, dann insgesamt sieben Jahre braucht, bis das festgelegt wird, wie Sie es jetzt in Ihrem Team festgelegt haben?

**Mag. Dr. Erich Lochmann:** Ich denke, das Ganze muss man auch ein bisschen anders aufzäumen. Wenn Sie sich diesen Einkommensteuerbescheid des Herrn Benko aus 2019 anschauen, dann ist der, so glaube ich, im April 2020 ergangen. Wenn er eine Gutschrift bekommen hat, ist das also sehr zeitnah und schnell gewesen. Wie wir allerdings wissen, gibt es eine Fachexpertise einer Steuerberatungskanzlei, um die Veröffentlichungen von Firmenbuchbilanzen hintanzuhalten beziehungsweise zu torpedieren. Ähnlich war es auch bei uns, sage ich einmal. Wenn Sie vielleicht – ich weiß nicht, von wem diese Aussage kommt – 2017 oder 2018 oder am 5. Dezember 2017 dort in diesem Zeitraum angedacht hätten, vielleicht von Herrn Benko – oder in dem Umfeld – eine Zwangsstrafe oder irgendetwas einzufordern, nachhaltig einzufordern, wären Sie vielleicht sprichwörtlich gesagt auf dem Scheiterhaufen gelandet. Also da hat sich mittlerweile einiges geändert. Heute würde das nicht mehr gehen.

55

Insgesamt lässt sich nach dem Untersuchungsausschuss festhalten, dass Interventionen über politische Kabinette, wodurch Günstlinge in der Lage sind, ihre Interessen durchzusetzen und rechtliche Hürden zu umgehen, nicht erst seit René Benko üblich sind.<sup>56</sup>

Ein zentrales Element dieser Bevorzugung ist die Möglichkeit, sich durch Berater:innen, Netzwerke und Kreise, die in engem Kontakt zur Verwaltung stehen, Vorteile zu verschaffen. Diese informellen Strukturen ermöglichen es, steuerliche und rechtliche Begünstigungen zu nutzen, die der breiten Bevölkerung oft verwehrt bleiben. Die Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik führen zu einer unfairen

<sup>55</sup> 955/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 28, Lochmann.

<sup>56</sup> siehe dazu auch die Steuercausa Siegfried Wolf im NEOS-Fraktionsbericht zum ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss.

Behandlung und schwächen die Transparenz und Gerechtigkeit im System. Sie nähren den Verdacht: es zählt, wen du kennst und nicht, was du kannst.

Trotz dieser strukturellen Probleme arbeitet die große Mehrheit der Finanzbeamt:innen in Österreich redlich und setzt sich für die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften ein. Diese Beamt:innen sind bestrebt, Steuergerechtigkeit zu gewährleisten und sicherzustellen, dass alle Bürger:innen ihren fairen Anteil leisten.

Ein weiteres Problem sind die undurchsichtige Konzern- und Holding-Konstruktionen, die es selbst Expert:innen schwer machen, die tatsächlichen Eigentums- und Kontrollverhältnisse nachzuvollziehen. Diese komplexen Strukturen ermöglichen es Unternehmen, steuerliche und rechtliche Verantwortung zu umgehen und sich so der Kontrolle zu entziehen. Die mangelnde Transparenz in diesen Konstruktionen erschwert die Durchsetzung von Gesetzen und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Finanzbetrug. Um solcher Konstruktionen Herr zu werden, benötigt es mehr Ressourcen innerhalb der Finanzverwaltung. Die Befragungen haben gezeigt, dass Finanzbeamt:innen oft allein einer Armada an Berater:innen, Anwäl:innen und Wirtschaftsprüfer:innen gegenüberstehen. Hierfür braucht es mehr gut ausgebildetes Personal, um die Interessen der Steuerzahler:innen gut und fair für alle durchsetzen zu können. Dafür muss der Bund wieder an Attraktivität als Arbeitgeber gewinnen, um auch interessant für Wirtschafts- und Finanzexpert:innen zu werden.

## 3. Inseratenkorruption statt Medienvielfalt

Inseratenkorruption zieht sich schon seit Jahren wie ein roter Faden durch alle U-Ausschüsse. Spätestens mit dem ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss wurde der Begriff „Österreich-Beinschab-Tool“ zur Folklore. Nicht zuletzt deswegen, weil Thomas Schmid Nachrichten wie Folgende verschickte:

So weit wie wir bin ich echt noch nie gegangen, Geniales Investment, und Fellner ist ein Kapitalist, wer zahlt schafft an, ich liebe das



57

Genau deswegen laufen unzählige Ermittlungen, in denen auch Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz Beschuldigter ist. Das Strafverfahren soll klären, ob einerseits vom BMF bezahlte Umfragen manipuliert wurden und andererseits für Inseratenschaltungen positive Berichterstattung gekauft wurde.<sup>58</sup>

### 3.1. Medienverständnis der FPÖ

Die FPÖ, allen voran ihr Mediensprecher Christian Hafenecker, haben sich – und das zurecht – immer wieder über das sogenannte Beinschab-Tool und die Inseratenpraxis der ÖVP beschwert. So auch beispielsweise in der 158. Sitzung des Nationalrats:

„Das heißt, jetzt wird schön langsam auch klar, warum die Medien berichtet haben, wie sie berichtet haben: weil nicht nur Umfrageinstitute gekauft worden sind, sondern in weiterer Folge mit knapp 500 Millionen Euro auch die österreichische Medienlandschaft.“<sup>59</sup>

und

<sup>57</sup> <https://www.diepresse.com/6044050/oevp-chats-wer-zahlt-schafft-an-ich-liebe-das>

<sup>58</sup> <https://www.krone.at/2835918>

<sup>59</sup> [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/158/A\\_-\\_15\\_02\\_00\\_00267966.html](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/158/A_-_15_02_00_00267966.html)

„Wissen Sie, was noch interessant ist? – Herr Mahrer hat damit geworben, dass es ein absolut sicheres Investment ist, wenn man dort investiert und dort Inserate schaltet, und auf der anderen Seite auch sichergestellt ist, dass man vollen redaktionellen Zugriff hat – vollen redaktionellen Zugriff; das Motto von Herrn Sobotka: für Inserate gibt es eine Gegenleistung.“<sup>60</sup>

Der aktuelle U-Ausschuss zum rot-blauen Machtmissbrauch zeigte, dass Christian Hafenecker (und mit ihm auch die FPÖ) und Wolfgang Sobotka mehr gemein haben als bisher bekannt war, nämlich ein sehr ähnliches Medienverständnis. Das offenbarten nämlich eine Vielzahl von Chats, die in den U-Ausschuss geliefert wurden. Die Textnachrichten zeigten, wie Hafenecker, der damals Generalsekretär der FPÖ war und somit keine Regierungsfunktion innehatte, Ministeriumsinserte in rechtsextremen Medien via Chatgruppen orchestrierte.<sup>61</sup>

So schrieb Hafenecker am 15. April 2019 in eine FPÖ-interne Gruppe:

Liebe Kollegen es bricht jetzt eine weitere Front auf, angeblich kommunizieren Ministerien zum Beispiel dem Wochenblick, dass es bis auf weiteres keine Inserate mehr gibt. Das halte ich für kontraproduktiv, weil wir sie damit auch stigmatisieren und im Gegensatz zu Info Direkt haben die sich korrekt verhalten. Auch ein wenig journalistische Freiheit werden wir aushalten. Ich bitte wirklich darum das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten und es uns nicht mit den wenigen patriotischen Medien zu verscherzen.



---

<sup>60</sup> [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/158/A\\_-\\_15\\_02\\_00\\_00267966.html](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/158/A_-_15_02_00_00267966.html)

<sup>61</sup> <https://www.profil.at/investigativ/fpoe-chats-wochenblick-unzensuriert-und-alles-roger-bitte-inserieren/402890489>

Kurze Zeit später antwortete Strache:

Die freien Medien bitte nach wie vor mit Inseraten betreuen, aber auch die Inhalte dort müssen sich rasch im Sinne der FPÖ wieder finden!



Wochenblick, unzensuriert und Alles Roger bitte inserieren!

Hier zeigt sich klar, welches Medienverständnis die FPÖ hat. Es wird nur dort inseriert, wo sich auch tatsächlich „Inhalte im Sinne der FPÖ wieder finden.“ Diese wurde nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“ durchgesetzt, wie Chats zwischen Hafenecker und Nobert Hofer vom 15. April 2019 zeigen: <sup>62</sup>

Ich habe Berichterstattung abgewartet und bereits ok für weitere Inserate gegeben. Aber soviel ich weiß, inserieren nicht alle unsere Regierungsmitglieder dort.



---

<sup>62</sup> <https://www.profil.at/investigativ/fpoe-chats-wochenblick-unzensuriert-und-alles-roger-bitte-inserieren/402890489>

## 3.2. Inseratenblockade im Gesundheitsministerium

Warum nicht alle FPÖ-Regierungsmitglieder inserierten, zeigte die Befragung von Ex-Gesundheitsministerin Hartinger-Klein:

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** [...] Was war Ihre Wahrnehmung damals, dass Sie sich gegen eine Inseratenschaltung bei „Alles Roger?“ entschieden haben – Ihre Wahrnehmung für Ihre politische Entscheidung als Ministerin?

**Mag. Beate Hartinger-Klein, MA:** Weil ich kein freiheitliches Medium unterstützen wollte; Punkt. (*Abg. Hanger: Regierungsgeld ...!*) – Ja, habe ich ja nicht gemacht, Herr Hanger.

63

Sie bezeichnete im U-Ausschuss unter Wahrheitspflicht die Plattform „Alles Roger“ als klar freiheitliches Medium. „Alles Roger“ ist eine mittlerweile eingestellte Plattform, die vom Mauthausen-Komitee als „tendenziell antisemitisch“ bezeichnet wird und Bekanntheit durch erfundene Interviews erlangt hat. Verlagsleiter war Peter Westenthaler.<sup>64</sup>

Nichtsdestotrotz gingen sogenannte „freiheitliche Medien“ während der blauen Regierungsbeteiligung nicht leer aus. Das Sportministerium unter Strache inserierte bei „Alles Roger“ 22.680 Euro, ebenso das blau geführte Innenministerium. Insgesamt wurden, wie Profil-Recherchen zeigten, insgesamt 103.671 Euro an sogenannte „freiheitliche Medien“ wie „Alles Roger“, „Wochenblick“, „Zur Zeit“ und „unzensuriert.at“ von FPÖ-Ministerien überwiesen.

Wie eng die Verzahnung zwischen der FPÖ und dem rechtsextremen Onlinemedium „unzensuriert.at“ tatsächlich ist, zeigt sich auch anhand der Personalpolitik. So wurde der ehemals führende Kopf bei „unzensuriert.at“, Alexander Höferl,

---

<sup>63</sup> 972/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 42, Hartinger-Klein.

<sup>64</sup> [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5715222/Verschwoerungstheorien\\_Rechtes-Magazin-alles-roger-eingestellt](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5715222/Verschwoerungstheorien_Rechtes-Magazin-alles-roger-eingestellt)

Presseverantwortlicher im Kabinett von Herbert Kickl.<sup>65</sup> Nach dem Bruch der Koalition wechselte Höferl in den FPÖ-Parlamentsklub, wo er später die Pressearbeit für die gegenständlichen zwei Untersuchungsausschüsse übernommen hat. In Kickls Kabinett genehmigte er unter anderem auch Inserate für sein altes Medium „unzensuriert.at“, wie seine Befragung im U-Ausschuss zeigte. Ob es sich bei „unzensuriert.at“ um ein FPÖ-nahes Medium handelte, wollte Höferl nicht beantworten:

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Handelt es sich Ihrer Wahrnehmung nach bei unzensuriert.at um ein FPÖ-nahes Medium? (Abg. Hafenecker: Das ist schon wieder eine Wertungsfrage!)

66

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Na, nach Ihrer Wahrnehmung, Herr Höferl.

**Mag. Alexander Höferl:** Okay, dann mache ich Ihnen ein Angebot: wenn wir vielleicht ein Kriterium heranziehen, das - - (Die Auskunftsperson berät sich mit dem Verfahrensanwalt. – Abg. Shetty hebt die Hand.)

67

Trotz der engen Verzahnung sah Höferl kein Problem bei der Kooperation des FPÖ-Innenministeriums mit dem FPÖ-nahen Medium „unzensuriert.at“:

<sup>65</sup> <https://kurier.at/politik/inland/unzensuriert-verantwortlicher-im-kickl-kabinett/302.774.526>

<sup>66</sup> 973/KOMM XXVII. GP -- Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 77, Höferl.

<sup>67</sup> 973/KOMM XXVII. GP -- Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 77, Höferl.

**Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ):** Abgesehen davon, Herr Vorsitzender, glaube ich doch, dass wir es bis jetzt immer so gehandhabt haben, dass Auskunftspersonen ihre Antworten natürlich ausführen dürfen und dass es da nicht zu einer Zensur - - - deswegen bin ich froh, dass wir auch mit Unzensuriert kooperiert haben (Heiterkeit bei Abgeordneten von ÖVP und Grünen) –, dass die ÖVP-Zensur hier eben nicht greift. (Abg. Scharzenberger: Da lacht sogar die Auskunftsperson!)

68

Durch die Befragungen und die dem U-Ausschuss übermittelten Akten und Unterlagen zeigt sich ganz klar, dass der einzige Unterschied zwischen FPÖ und ÖVP bzw. SPÖ ist, dass die FPÖ dazu tendiert, Medien mit Inseraten zu versorgen, die laut FPÖ nicht der sogenannten „Systempresse“ zuzuordnen und dem rechten/rechtsextremen Milieu zuzuordnen sind. So blieb das Inseratenvolumen in den auflagestarken Boulevardmedien im Vergleich zur ehemals großen Koalition sehr ähnlich, wohingegen in der FPÖ-Regierungsbeteiligung verstärkt in FPÖ-nahen Medien inseriert wurde.<sup>69</sup>

---

<sup>68</sup> 973/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 33, Höferl.

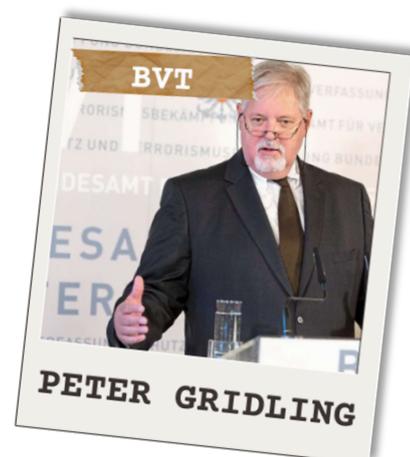
<sup>69</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000130237090/werbeausgaben-der-regierung-mit-inseraten-politik-machen>

## 4. Russland untergräbt den österreichischen Nachrichtendienst

Während der Untersuchungsausschuss sich noch mit Fragen des rot-blauen Machtmissbrauchs befasste, wurde am 29. März 2024 in Österreich ein mutmaßlicher Spion festgenommen, der Informationen aus dem österreichischen Nachrichtendienst nach Russland geliefert haben soll. Sein Name ist Egisto Ott. Einige strafrechtlich relevante Handlungen wurden im Untersuchungszeitraum gesetzt, daher galt es, sich diesem Themenkomplex gesondert zu widmen.<sup>70</sup>

### 4.1. Hausdurchsuchung im BVT: die Zerstörung des österreichischen Geheimdienstes

Im Herbst 2017 kam es zur Bildung der türkis-blauen Bundesregierung. Das Innenministerium (BMI) wanderte nach Jahrzehnten der ÖVP-Führung zur FPÖ. Innenminister Herbert Kickl übernahm damit auch den Geheimdienst BVT – und mit ihm frustrierte Beamt:innen. Damals kursierte unter Journalist:innen ein Konvolut aus Dokumenten, die Vorwürfe zu rund 60 Personen im BMI und im BVT enthielten. Die Vorwürfe richteten sich gegen ein ÖVP-Netzwerk, das sich in BVT und Innenministerium breitgemacht haben soll. Im 39 Seiten fassenden Papier war die Rede von Amtsmissbrauch, veruntreuten Steuergeldern, exzessiven Privatpartys, Datenvergehen und sexuellen Übergriffen auf Mitarbeiterinnen. Das Dossier wurde medial nie publik, da sich nach intensiver Recherche von mehreren Medien zahlreiche Beschuldigungen als unzureichend belegt oder überzogen herausstellten.<sup>71</sup>



<sup>70</sup> <https://kurier.at/chronik/oesterreich/ott-bvt-spionage-russland/402838558>

<sup>71</sup> <https://news2.orf.at/stories/2429474/2429473/>

Der ehemalige Leiter des BVT Peter Gridling wurde im U-Ausschuss zu den Anschuldigungen gegen das BVT befragt:

**Mag. Peter Gridling:** Es gibt immer wieder Gerüchte, aus welchem Grund sie auch immer gestreut werden, die sind zu überprüfen. Und wenn sich daraus nichts dienstrechtlich Relevantes oder strafrechtlich Relevantes ergibt, dann sind auch keine Maßnahmen zu treffen. Ich darf Sie vielleicht in diesem Zusammenhang erinnern, dass es von 2017 oder im Jahr 2017 eine Unzahl von anonymen Anschuldigungen gegeben hat, die dann zu einer Hausdurchsuchung geführt haben, bei denen sich auch herausgestellt hat, dass alles nicht wahr ist und es Gerüchte sind.

72

Das Konvolut und die anonymen Vorwürfe dienten schließlich dennoch als Grundlage für jenes Strafverfahren, das zu einer folgenschweren Hausdurchsuchung im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) führte: am 28. Februar 2018 fand im BVT am Wiener Rennweg eine später für rechtswidrig erklärte Hausdurchsuchung statt. Geleitet wurde sie vom Beamten Wolfgang Preiszler, begleitet von Kolleg:innen der Einsatzgruppe zur Bekämpfung von Straßenkriminalität. Auffällig war, dass normalerweise die Cobra für solche Einsätze zuständig war und nicht die EGS, die sich eigentlich mit Taschendieben und Dealern beschäftigte. Leiter der EGS war der FPÖ-Gemeinderat Wolfgang Preiszler. Einen Einsatz der Cobra hätte wiederum deren Chef Bernhard Treibenreif, ÖVP-Fraktionsobmann in Bad Erlach, geleitet.<sup>73</sup>

Ein FPÖ-kritischer Blog hat herausgefunden, dass EGS-Chef Preiszler auf seiner Facebook-Seite rassistische Inhalte, rechtsextreme Seiten, Beiträge von vorbestraften Rechtsextremen und Postings prominenter Staatsverweigerer geteilt haben soll.<sup>74</sup>

Zu den Nahebeziehungen zwischen Beamt:innen und der rechten Szene führte Gridling bei der Befragung aus:

---

<sup>72</sup> 978/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 31, Gridling.

<sup>73</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000076202205/der-aktuelle-stand-der-bvt-afaere-so-einfach-wie-moeglich>

<sup>74</sup> <https://kurier.at/politik/inland/bvt-afaere-rassismus-vorwurf-gegen-egs-leiter-preiszler/314.392.529>

**Mag. Peter Gridling:** Ja, grundsätzlich war uns klar, wenn die FPÖ das Innenministerium innehat, dann ist das eine schwierige Zeit für den Staatsschutz, denn in den Jahren vorher gab es doch eine erkleckliche Anzahl von Ermittlungen, die immer wieder auch Nahebeziehungen von FPÖ-Abgeordneten mit Rechtsextremisten festgestellt hatten, auch mit Organisationen wie der Identitären Bewegung.

Bedenken Sie nur, dass Herbert Kickl wenige Monate vorher noch Festredner bei einer Veranstaltung der Verteidiger des Abendlandes war! Und ich gehe davon aus, dass Frau Geißler darüber auch berichtet hat.

Das heißt also, für uns war klar, dass es hier ein gewisses Problem sein kann. Und ja, es ist richtig, dass wir in dieser Zeit wenig Unterstützung aus der ÖVP hatten. Ich kann nur verweisen auf diese Presseaussendung des damaligen Generalsekretärs der ÖVP, der gesagt hat: alles ist mit uns abgestimmt, und es ist alles rechtens.

75

Die Beamt:innen durchwühlten bei der Hausdurchsuchung die Büros und packten wahllos Akten ein – darunter auch Dokumente über die rechtsextreme Identitäre Bewegung im Extremismus-Referat. Die zuständige Beamtin gab dazu im Ausschuss an:

**Sibylle Geißler, MSc:** Ich möchte nur etwas klarstellen, von vorher: ich möchte nur klarstellen: Ich habe nie gesagt, dass die EGS etwas gestohlen hat. Ich habe nur gesagt, dass ich selbst einige Jahre später, wie ich mein Büro ausräumte, auch das Mail nicht mehr gefunden habe. Ich kann nicht sagen, wer es zu welchem Zeitpunkt weggenommen hat. Es hat EGS-Leute gegeben, denen ich das sicher nicht zutraue – ich habe ja auch mit den Leuten zu tun gehabt. Aber Faktum ist: Dieser Mailausdruck war nicht mehr da. Und das haben auch meine Vorgesetzten gewusst.

76

<sup>75</sup> 978/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 15, Gridling.

<sup>76</sup> 971/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 56, Geißler.

**Sibylle Geißler, MSc:** Was auch noch war: Ein Jahr nach der Hausdurchsuchung wurde ich vor Gericht mit einem Dokument konfrontiert, das aus meiner Aktenlage zur Alpen-Donau war, und zwar auch auf eine irgendwie skurrile Weise. Der Verteidiger zeigte mir ein Blatt Papier, wo er mir nur so ein Eck zeigte. Die Richterin fragte: welche Ordnungsnummer?, damit sie mitschauen können. Dann stottert er rum und sagt: das hat keine Ordnungsnummer! Und dann sagt er: na, es hat die Ordnungsnummer vom Hauptakt! – Da ging es auch um einen User von Alpen-Donau. – (*Ruf: In welchem Jahr war denn das?*) – 2019.

Also es sind sehr viele Umstände eingetreten, wo ich sage: als ob es Gefälligkeiten für die nationalsozialistisch ideologisierte Szene gewesen wären.

Und was mir schwer zu denken gegeben hat: wenn das so weit geht - - Und man darf eines nicht vergessen: Man hat im Vorfeld unbedingt die verdeckten Ermittler wissen wollen, wo ich sage: wenn wir unsere eigenen Leute gefährden, dann hört sich bei mir alles auf.

77

An diesem Vormittag wurde der österreichische Verfassungsschutz erschüttert und bis heute hat er sich von diesem Coup nicht erholt. Internationale Partner mussten unverzüglich die Datenweitergabe nach Österreich einstellen, da am anderen Ende in Österreich keine sichere Abteilung in Sachen Geheimdienst und Terrorbekämpfung gegeben war. Die Razzia im BVT im Februar 2018 war der traurige Höhepunkt einer völlig entgleisten Sicherheitspolitik. Alle Expert:innen sind sich einig – von diesem Schaden werden wir uns lange nicht erholen.<sup>78</sup>

---

<sup>77</sup> 971/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 48, Geißler.

<sup>78</sup> 695 der Beilagen XXVI. GP – Ausschussbericht NR – Fraktionsbericht NEOS, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/I/695/imfname\\_767298.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/I/695/imfname_767298.pdf)

Der damalige Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) schätzte die Sicherheitslage im BVT folgendermaßen ein:

**Herbert Kickl:** Also ich glaube, wenn in der jüngsten Vergangenheit immer wieder davon gesprochen wurde, dass ich ein Sicherheitsrisiko für diese Republik wäre, dann muss ich sagen: das, was sich dort geboten hat, das war das Sicherheitsrisiko für die Republik. Die Zustände im BVT waren gelinde gesagt Dritte-Welt-Standard – ja, das muss man einmal sagen (*Zwischenruf des Abg. Hanger*) –, keine Sicherheitsstandards auf irgendeinem adäquaten Niveau.

Ich habe eine Großbaustelle im Zusammenhang mit Personal geerbt, ein riesiges Loch. Ich bin in die Bundesländer gekommen und dann haben mir die ÖVP-Landeshauptleute jeweils Verträge mit dem ÖVP-Innenminister vorgelegt, wo vor den Wahlen großartig Polizisten versprochen worden sind, um die sich aber niemand gekümmert hat. Das war vor den Wahlen. Die Polizisten waren nicht existent.

79

Wer das Dossier erstellt hat, das Grundlage für die Anzeige, das Strafverfahren und die nachfolgende Hausdurchsuchung im BVT wurde, ist nicht gesichert. Mitverfasst worden soll das Konvolut von BVT-Insidern sein – mutmaßlich von Egisto Ott und Martin Weiß.<sup>80</sup>

---

<sup>79</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 37, Kickl.

<sup>80</sup> Nikbakhsh, Michael (Moderator). (2024, 11. April). #68 Der Fall Egisto Ott: Ex-BVT-Direktor Peter Gridling im Gespräch. Audio Podcast. – In Die Dunkelkammer – der Investigativpodcast. <https://dunkelkammer.simplecast.com/episodes/68-der-fall-egisto-ott-ex-bvt-direktor-peter-gridling-im-gesprach>

**Herbert Kickl:** Nach meiner Erinnerung ist es so gewesen, dass ich von diesem ganzen Problem Ott erst im Herbst des Jahres 2018 erfahren habe. Es ist ja dort immer wieder eine Debatte gewesen, auch in der Öffentlichkeit und in den Medien geführt, dass es einen Vertrauensverlust im Zusammenhang mit den ausländischen Partnern gibt. Als Grund für diesen Vertrauensverlust wurde ja immer kommuniziert, dass das die Hausdurchsuchung gewesen sein soll, die im Übrigen nicht vom Innenministerium angeordnet wurde und auch kein Überfall gewesen ist; das sage ich hier nur dazu. Und ich habe mich gefreut, dass ich jetzt das erste Mal – übrigens, ich sage es nur dazu, bei einem Zeit-im-Bild-2-Auftritt des Innenministers Karner – gehört habe, dass bei solchen Angelegenheiten die Staatsanwaltschaft die Herrin des Verfahrens ist. Das ist das, was ich in der Vergangenheit immer gesagt habe; als ich das gesagt habe, hat man mich dafür verurteilt. Herr Karner hat es im letzten Interview fünf Mal gesagt. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

81

---

<sup>81</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 127f, Kickl.

## 4.2. Egisto Ott alias Giovanni Parmigiano

Egisto Ott ist 62 Jahre alt und sitzt derzeit wegen Spionageverdachts zum Nachteil der Republik Österreich in Untersuchungshaft in der Justizanstalt Josefstadt. Er begann seine berufliche Laufbahn als einfacher Polizist im Streifendienst. Elf Jahre später wechselte er in die Vorgängerorganisation des BVT. Der Halbtaliener – von seiner italienischen Mutter bekam er den Vornamen Egisto – wurde in den frühen Nullerjahren Verbindungsbeamter in Rom. Später versetzte man ihn in die Türkei. In dieser Zeit finden sich die Wurzeln für sein Netzwerk mit ausländischen Diensten.



Nach seiner Rückkehr aus Ankara war er für das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) im Bereich Dschihadismus tätig. Ott hatte immer eine Planstelle im BVT, hatte selbst aber keine Führungsposition, sondern war Ermittler oder nahm administrative Aufgaben im Rahmen der Verdeckten Ermittlung wahr.<sup>82</sup>

Im Jahr 2000 übernahm die konservative ÖVP das Innenministerium, zu dem auch das BVT gehört und blieb für die nächsten 17 Jahre verantwortlich. Die ÖVP setzte in dieser Zeit ein brachiales machtpolitisches Umfärbungsprogramm durch und besetzte viele Stellen im BVT und im BMI mit treuen Gefolgsleuten. Einige Mitarbeiter:innen waren mit der Parteipolitik in der Postenbesetzung zurecht unzufrieden.<sup>83</sup> Dazu sagte eine Mitarbeiterin im Untersuchungsausschuss Folgendes:

<sup>82</sup> Nikbakhsh, Michael (Moderator). (2024, 11. April). #68 Der Fall Egisto Ott: Ex-BVT-Direktor Peter Gridling im Gespräch. Audio Podcast. – In *Die Dunkelkammer – der Investigativpodcast*. <https://dunkelkammer.simplecast.com/episodes/68-der-fall-egisto-ott-ex-bvt-direktor-peter-gridling-im-gesprach>

<sup>83</sup> <https://www.krone.at/2933355>

**Sibylle Geißler, MSc:** Ich meine, die Razzia hat schon auch österreichweit eine Signalwirkung gehabt. Also von den Rückmeldungen und so - -, es hat schon eine gewisse Angst erzeugt. Es war auch bei uns dann das Problem, dass alles, was vorher gut funktioniert hat – obwohl nicht alles gut funktioniert hat, denn jede Organisation muss sich von Zeit zu Zeit evaluieren –, selbst die Leute, die nicht betroffen waren, auch Sachen gemacht haben, wo du sagst, das war normalerweise alles gut eingespielt. Also es hat schon eine Unruhe erzeugt.

Mit der Umfärberei habe ich immer das Problem: das BVT hatte zwei hohe Funktionen frei. Uns war klar: neue Führung, es wird sich einiges ändern. Also persönlich habe ich nie verstanden, warum man sich nicht auf die Funktionen Vertrauensleute gesetzt hat und sich in Ruhe anschaut: Was braucht es? Was kann ich verändern? Was gehört evaluiert? Ich meine, das mit dem Umfärben, ja, das hat bald irgendwer, das ist so, aber man hat die Chance nicht genutzt, die man eigentlich gehabt hätte: Es war der stellvertretende Direktor frei und es war der Abteilungsleiter 2 frei. Also problemlos hätte man - - (*Abg. Ries: Der Strasser hätte es getan!*) Was? (*Abg. Ries: Der Strasser hätte es getan!*) Der Strasser hätte es getan, ja, was auch immer.

84

Auch Ott wurde in seinem Job immer unzufriedener und sagte über die Zeit damals: „Die Leute sind frustriert und haben Angst um ihre Jobs; nur wenn du mitmachst, bekommst du einen Posten.“ Ott hatte früh gemerkt, dass das Innenministerium unter Innenminister Ernst Strasser zu einem ÖVP-Apparat umgefärbt wurde. Wenn du nicht mitmachst, hast du keine Chancen auf einen Aufstieg – das war die Botschaft an alle Beamt:innen im Innenressort. Ott sah sich bereits damals als Opfer von politischen Spielchen. Er war der Meinung, dass man ihn loswerden wollte, weil er bei illegalen Aktivitäten und Korruption im BVT nicht mitgemacht hatte. So kam es, dass Beamt:innen gegen die eigene Führung rebellierte und begannen, sensible Informationen nach außen zu leiten, mutmaßlich gegen Geld. Es bildete sich rund um

---

<sup>84</sup> 971/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 67, Geißler.

Egisto Ott und Martin Weiß – seinem Vorgesetzten im BVT – ein Netzwerk, das später als „nachrichtendienstliche Zelle“ bezeichnet werden wird.<sup>85</sup>

Ausländischen Geheimdiensten war Ott schon früher aufgefallen. Erste Warnungen gab es bereits 2010. Der damalige Leiter des BVT, Peter Gridling ließ intern gegen Ott ermitteln – die Ermittlungen brachten aber nichts Relevantes zutage, Abfragen seien Teil der Arbeit von Beamt:innen, sagte Gridling später.

**Mag. Peter Gridling:** Ja, grundsätzlich war uns klar, wenn die FPÖ das Innenministerium innehat, dann ist das eine schwierige Zeit für den Staatsschutz, denn in den Jahren vorher gab es doch eine erkleckliche Anzahl von Ermittlungen, die immer wieder auch Nahebeziehungen von FPÖ-Abgeordneten mit Rechtsextremisten festgestellt hatten, auch mit Organisationen wie der Identitären Bewegung.

Bedenken Sie nur, dass Herbert Kickl wenige Monate vorher noch Festredner bei einer Veranstaltung der Verteidiger des Abendlandes war! Und ich gehe davon aus, dass Frau Geißler darüber auch berichtet hat.

Das heißt also, für uns war klar, dass es hier ein gewisses Problem sein kann. Und ja, es ist richtig, dass wir in dieser Zeit wenig Unterstützung aus der ÖVP hatten. Ich kann nur verweisen auf diese Presseaussendung des damaligen Generalsekretärs der ÖVP, der gesagt hat: alles ist mit uns abgestimmt, und es ist alles rechtens.

86

2015 gab es sogar eine Warnung der CIA zu Ott, die Ende 2017 in seine erste Suspendierung mündete, weil er der Geheimhaltung unterliegende E-Mails von seinem dienstlichen an seinen privaten Gmail-Account geschickt haben und „als nachrichtendienstliche Quelle für Staatsgeheimnisse fungiert“ haben soll. Die erste Suspendierung hob das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) 2018 auf, doch Anfang 2021 wurde über Ott erneut eine Suspendierung ausgesprochen und sogar eine 6-wöchige Untersuchungshaft verhängt. Als Grundlage für seine neuerliche Verhaftung

<sup>85</sup> Lucia Heisterkamp und Margit Ehrenhöfer (Moderatorinnen). (2024, 6. April). Egisto Ott, der Maulwurf in Österreichs Geheimdienst. Audio Podcast. – In *Inside Austria*, mit Fabian Schmid, Standard (mit Hilfe einer Recherchegruppe mit Roman Leberger, Spiegel)

<sup>86</sup> 978/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 18, Gridling.

dienten illegale Abfragen – rund 400 zwischen 2015 und 2017 – in der Datenbank des BMI, die er zum Teil gegen Geld verkaufte.<sup>87</sup>

Ott schied 2017 aus dem BVT aus. Als Privatermittler arbeitete er unter dem Decknamen „Giovanni Parmigiano“ weiter und nutzte ungestört seine Verbindungen innerhalb der Behörden – er hatte weiterhin über seine Kontakte und internationalen Netzwerke Zugriff auf nachrichtendienstliche Datenbanken, interne Systeme und geheime Informationen. Von Anfang 2018 bis Ende 2020 bat Martin Weiß seinen Ex-Kollegen Ott darum, Abfragen zu Personen vorzunehmen, teilweise auf Bitten von Jan Marsalek.<sup>88</sup>

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Wir wissen, dass Herrn Ott im Zusammenhang mit der Restrukturierung des BVT im Zuge dieses Organigramms ein Posten versprochen werden hätte sollen. Wir wissen auch, dass dieser ganze Komplex Ott, Marsalek, Gudenus, Jenewein in einem sachlichen Zusammenhang zu sehen ist. Das sind keine isolierten Personen gewesen, zumindest laut den Vorwürfen, die den Medien zu entnehmen sind. Es war nicht Herr Ott, der allein für sich gearbeitet hat, oder nur Herr Jenewein allein für sich, sondern es gibt diese Querverbindungen.

Und wenn Herr Marsalek jetzt Aktenzahlen aus dem BVT hat – wo ich jetzt als Laie mir denken würde, vom Geheimdienst konkrete Aktenzahlen zu bekommen, sollte eigentlich nicht möglich sein –, der Herr Stermann dann schreibt: Bitte diese Akten besorgen!, Herr Gudenus, der damals FPÖ-Klubobmann war, zurückschreibt: Ja, okay, besorge ich!, und wiederum der Kollege im Parlamentsklub von Herrn Gudenus, Herr Jenewein, im Chatset mit Herrn Ott stand, dann ist die Frage schon für mich, wie diese Akten zu Herrn Marsalek kommen und im Zuge dessen ein Beitrag dazu sein haben können, dass Herrn Ott dieser Posten versprochen wurde.

---

<sup>87</sup> Nikbakhsh, Michael (Moderator). (2024, 11. April). #68 Der Fall Egisto Ott: Ex-BVT-Direktor Peter Gridling im Gespräch. Audio Podcast. – In Die Dunkelkammer – der Investigativpodcast.

<sup>88</sup> <https://kurier.at/politik/inland/causa-egisto-ott-die-fantastischen-vier-des-spionageskandals/402856846>

<sup>89</sup> 978/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 36, Gridling.

### 4.3. Lebensgefahr für Investigativjournalisten: der Fall Christo Grozev

Gerade diese illegalen Abfragen, die von Egisto Ott durchgeführt wurden, hatten reale Auswirkungen auf das Leben und die Sicherheit von Personen – auch mitten in Österreich. So auch auf den bulgarischer Investigativjournalisten Christo Grozev.



Grozev arbeitete für die Plattform Bellingcat und war an mehreren krenlkritischen Enthüllungen beteiligt. Heute lebt er in London und arbeitet für „Insider“ in UK und „Spiegel“ in Deutschland. Er ist auch Teil einer Recherchegruppe mit Standard und ZDF, die die Netzwerke von Jan Marsalek offengelegt hat. Ott führte im Jahr 2021 erneut eine seiner vielen unerlaubten Abfragen durch. Diesmal beim Meldeamt in Spittal an der Drau, wo er die Wohnadresse von Christo Grozev erhielt. Er behauptete dabei, dass er noch immer Polizeibeamter im Dienst sei. Im Juni 2022 wurde bei Grozev in die Wohnung eingebrochen. Dabei wurden sein Laptop und mehrere USB-Sticks gestohlen. Aus Chats, die der britische Geheimdienst MI6 abgefangen hat, wissen wir, dass der Anführer der für Marsalek agierenden Gruppe an Bulgaren, die bei Grozev einbrachen, an Jan Marsalek berichtete, eine als „Seal Team“ bezeichnete Gruppe habe erfolgreich Grozevs Wohnung in Wien betreten und dort einen Laptop und USB-Sticks an sich genommen.<sup>90</sup>

Grozev war zum Zeitpunkt des Einbruchs nicht in der Wohnung. Zudem nahmen die Agenten den falschen Laptop mit und nicht denjenigen mit wichtigen Informationen. Die gestohlenen Geräte wurden von den Agenten wohl zusammen mit den Smartphones von drei österreichischen Spitzenbeamten über Bulgarien nach Istanbul gebracht, wo sie einer russischen Agentin übergeben wurden.

Anfang 2023 wurden konkrete Anschlagpläne gegen Grozev bekannt. Er erhielt Warnungen von ausländischen Diensten und musste schließlich aus Wien flüchten. Der Staat Österreich konnte seine Sicherheit nicht mehr garantieren. Es wird angenommen, dass Ott die Abfrage im Auftrag Russlands durchgeführt hat.<sup>91</sup>

<sup>90</sup> <https://www.falter.at/morgen/20240404/haftbefehl-egisto-ott-russische-regimegegner-putin-geheimdienste-nationale-sicherheit>

<sup>91</sup> <https://www.tagesschau.de/investigativ/russland-tiergartenmord-zeuge-oesterreich-agent-101.html>

#### 4.4. Kickl-Intimus Jenewein: die Aktenautobahn aus dem FPÖ-Klub – nach Russland?

Neue Erkenntnisse zu Ott kamen unter anderem aus den Ermittlungen der AG Fama, einer Sonderkommission des Bundeskriminalamts, die sich des Falls Marsaleks annahm. Ott war zwar früher Mitglied der SPÖ, aber schon lange stand er ideologisch der FPÖ nahe. Den Freiheitlichen soll er z.B. eine parlamentarische Anfrage geschrieben haben, ein entsprechendes Dokument mit markierten Änderungsvorschlägen von Ott wurde beim früheren Abgeordneten zum Nationalrat Hans-Jörg Jenewein gefunden. Und mit ebenjenem Hans-Jörg Jenewein stand Ott im Dauer-Chatkontakt.<sup>92</sup>



Hans-Jörg Jenewein war während der Zeit der FPÖ-Regierungsbeteiligung Herbert Kickls Mann fürs Grobe und engster Vertrauter im FPÖ-Parlamentsklub. Als Nationalratsabgeordneter war er der FPÖ-Vertreter im U-Ausschuss zum BVT-Skandal und auch die Brücke zum Kickl-Kabinett. Er war er eine wichtige Verbindung zu Egisto Ott und stand mit ihm regelmäßig im Austausch.

Als Belohnung für Otts mutmaßliche Datenlieferung – es ging derzeitigem Kenntnisstand nach um Handy-Daten von ÖVP-nahen Beamten – hat Jenewein Ott in den Chats nicht nur einen Job im neuen Geheim-Geheimdienst im Kneissl-Ministerium angeboten. Es wurden auch Chat-Nachrichten öffentlich, in denen Jenewein an Ott schreibt: „Du, ich muss mir am Montag noch das Okay für die 50 (Anm.: mutmaßlich

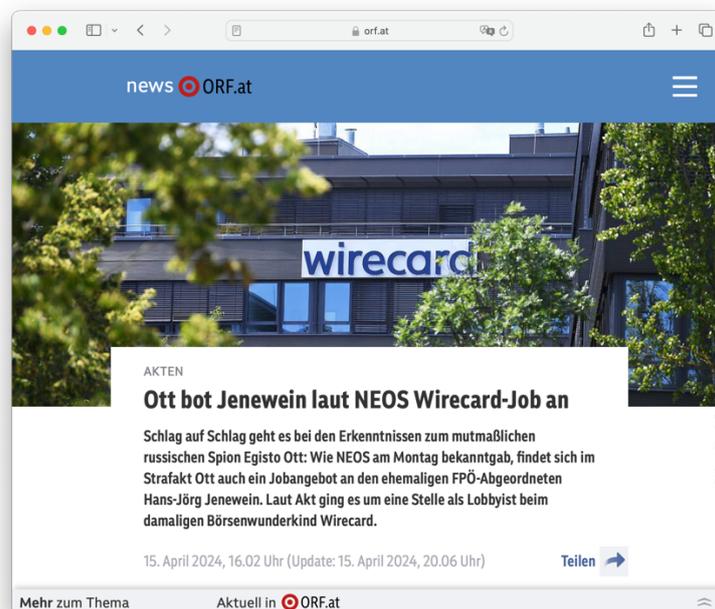
<sup>92</sup> <https://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/bvt-spionage-afaere-fpoe-anfragetext-auf-otts-handy;art385,3939952>

50.000 Euro) holen. Sobald ich das habe, bitte starten.“ Ott antwortete darauf: „Endpreis bekommen wir aber erst.“<sup>93</sup>

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Wir wissen, dass Herrn Ott im Zusammenhang mit der Restrukturierung des BVT im Zuge dieses Organigramms ein Posten versprochen werden hätte sollen. Wir wissen auch, dass dieser ganze Komplex Ott, Marsalek, Gudenus, Jenewein in einem sachlichen Zusammenhang zu sehen ist. Das sind keine isolierten Personen gewesen, zumindest laut den Vorwürfen, die den Medien zu entnehmen sind. Es war nicht Herr Ott, der allein für sich gearbeitet hat, oder nur Herr Jenewein allein für sich, sondern es gibt diese Querverbindungen.

94

Und als Belohnung für Hans-Jörg Jenewein lockte Ott ihm mit einem gut bezahlten Job bei Wirecard, dem Unternehmen von Jan Marsalek.<sup>95</sup>



<sup>93</sup> [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6099544/MaulwurfAkt\\_ExBVTBeamte-sollen-Staatsgeheimnisse-verkauft-haben](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6099544/MaulwurfAkt_ExBVTBeamte-sollen-Staatsgeheimnisse-verkauft-haben)

<sup>94</sup> 978/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 36, Gridling.

<sup>95</sup> <https://orf.at/stories/3354518/>

## 4.5. Chat-Set mit Kickls persönlicher Mitarbeiterin: Die Aktenautobahn von N.N.

Aber auch andere interne Informationen aus dem Kickl-Ministerium wurden über Jenewein herausgespielt. Die persönliche Mitarbeiterin von Herbert Kickl, N.N., die eigens für den U-Ausschuss im Kabinett abgestellt wurde, chattete über Monate hinweg mit dem Fraktionsführer der FPÖ im BVT-Untersuchungsausschuss, Hans-Jörg Jenewein. Auch hier wurde man sehr schnell konkret, was die Herausgabe von Informationen betraf.



Jenewein schrieb im Oktober 2018:



Guten Morgen! Sag, siehst du eine Möglichkeit, den Rubicon-Vertrag ohne Kennung zu bekommen?

Er forderte also von einer Kickl-Mitarbeiterin einen konkreten, geheimen BMI-internen Vertrag an und wollte noch dazu, dass dieser ohne Kennung geschickt wird, damit man nicht nachvollziehen kann, woher das Dokument kommt.

### Exkurs: was ist der Rubicon-Vertrag?

Der Rubicon-Vertrag umfasst mehrere IT-Aufträge des österreichischen Innenministeriums (BMI) an die Firma Rubicon Informationstechnologie GmbH im Wert von 13,6 Millionen Euro, die ohne Ausschreibung vergeben wurden. Seit 2007 hat Rubicon mindestens zehn Aufträge erhalten, darunter die Entwicklung eines elektronischen Dokumentationsmanagement- und Informationssystems (EDIS II), einer integrierten polizeilichen Datenanwendung sowie einer Sicherheitsapp für die Polizei. Diese Aufträge wurden unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen direkt vergeben. Rubicon arbeitet eng mit dem BMI zusammen und ist durch persönliche und geschäftliche Verbindungen eng verzahnt.

Sie antwortet daraufhin – anscheinend völlig unbeeindruckt: „Mache mich auf die Suche“. Auch sonst standen die beiden in laufendem Austausch – die Mitarbeiterin schickte mögliche Fragen für Auskunftspersonen, empfahl Strategien für Eingangsstatements und hielt Jenewein am Laufenden, was Aktenlieferungen, Presseaussendungen und viele weitere interne Vorgänge im BMI betraf. Informationen, die aus dem BMI stammten, wurden aber nicht nur von Jenewein „angefordert“, sondern auch proaktiv von der Mitarbeiterin angekündigt. Sie schrieb beispielsweise: „Hab neues Material bekommen. Da zeigen sich auch Informationsabflüsse Richtung Rot.“

Jenewein antwortete: „Oh wie fein. Bitte, liebe N.“ Es war also offensichtlich auch hier selbstverständlich, dass „Material“ – also Informationen, Akten, Belege etc. – ganz einfach aus dem Ministerium herauswanderten. Dabei ging es durchgängig um sensible Daten.<sup>96</sup>

---

<sup>96</sup> <https://www.diepresse.com/18371144/hat-kickls-kabinett-die-fpoe-mit-akten-aus-dem-ministerium-versorgt>

## 4.6. Martin Weiß: Aliasname „Doktor“ und Strippenzieher

Genau wie Egisto Ott ist Martin Weiß ein Urgestein unter den Staatsschützern. Gemeinsam waren die beiden in den 1990er-Jahren Teil der BVT-Vorgängerorganisation. Ott war für Russland und andere osteuropäische oder zentralasiatische Staaten zuständig, Weiß für Iran, Irak und Afghanistan. Weiß wurde später Leiter der besonders mächtigen Abteilung 2 im Verfassungsschutz. Dort liefen alle Informationen zusammen; lange Zeit war Weiß zuständig für die Abteilungen Extremismus, Nachrichtendienst, Terrorismus, Analyse, Auswertung und IKT. Dort bekam er einen persönlichen Assistenten, zumindest für wenige Monate: Egisto Ott.<sup>97</sup>



Im Jahr 2015 soll Weiß bei einer Veranstaltung auf den damaligen Spitzenmanager Jan Marsalek getroffen sein – und es wird vermutet, dass damals auch die Abwanderung von Daten aus dem österreichischen Geheimdienst über Marsalek an Russland begann. Ott und Weiß bauen mutmaßlich gemeinsam mit Marsalek eine „nachrichtendienstliche Zelle“ im Verfassungsschutz auf, deren Kapazitäten vom russischen Geheimdienstgenutzt wurde.

Heutige Ermittlungsergebnisse zeigen, dass Egisto Ott wenige Wochen später begann, mutmaßlich illegale Abfragen mit Bezügen zu Wirecard oder Russland zu tätigen. Chats legen nahe, dass auch Weiß davon gewusst hat – ein Abteilungsleiter also, der seinen übergelaufenen Untergebenen zumindest deckte, wenn nicht sogar ermutigte.

Weiß wurde schließlich wegen der Fluchthilfe für Jan Marsalek im Frühjahr 2021 in Wien festgenommen. Er durfte jedoch später nach Dubai ausreisen, weil er den Behörden versprach, für weitere Einvernahmen zur Verfügung zu stehen. Dem kam er allerdings nicht nach. Weiß setzte sich vielmehr endgültig nach Dubai ab: In Dubai ist Weiß insofern sicher, als es mit den Vereinigten Arabischen Emiraten kein Auslieferungsübereinkommen gibt und ein internationaler Haftbefehl allenfalls eine bloße symbolische Wirkung hätte. Von Dubai aus soll Weiß in weiterer Folge unter

<sup>97</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000130804017/wirecard-bvt-und-nervengift-das-mysterioese-netzwerk-des-jan-marsalek>

Ausnützung seiner langjährigen beruflichen Kontakte Informationen für Marsalek beschafft und seinen früheren Arbeitskollegen Egisto Ott mit Arbeitsaufträgen bedacht haben.<sup>98</sup>

---

<sup>98</sup> <https://www.diepresse.com/5926912/die-fluchthelfer-des-jan-marsalek>

## 4.7. Personalplanungen für den russlandfreundlichen Schattengeheimdienst

Gleichzeitig mit der Zerstörung des Nachrichtendienstes im BMI plante die FPÖ-Regierung einen eigenen Schatten-Geheimdienst im Außenministerium unter FP-Ministerin Karin Kneissl aufzubauen. Jene Karin Kneissl, die bei ihrer Hochzeit Putin einlud und nun für einen Putin-Thinktank in Russland arbeitet.<sup>99</sup>



Wir wissen aus Chats und einem Organigramm, dass für Ott und weitere FPÖ-treue Personen im neuen Nachrichtendienst ein Platz geschaffen werden hätte sollen. Das könnte ausreichend Motivation für Weiß und Ott gewesen sein, um das Konvolut zu veröffentlichen, in dem Mitarbeiter:innen des Amtsmissbrauchs beschuldigt wurden und schlussendlich die Razzia zu erwirken.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Ja, wir haben uns auch auf die Suche nach diesem Organigramm begeben. Es war halt nicht so leicht zu finden – das, was Herr Hanger hier vorgebracht hat –, weil wir auch nicht mehr Zugriff auf den Aktenbestand haben. Was wir aber vorlegen können – ich weiß nicht, ob ich das im Rahmen der Geschäftsordnungswortmeldung machen kann, aber das können wir gerne vorlegen, ich hätte es sonst später gebracht – einen Zeitungsartikel aus dem Jahr 2022 von der Tageszeitung „Der Standard“, wo explizit auf diesen Fund auf dem Handy von Ott referenziert wird, auf das Organigramm, was dort vorgefunden worden ist, und auf die Organisationsreform, in diesem Zusammenhang Herr Ott sozusagen in dieser Zeit hätte befördert werden sollen.

<sup>99</sup> <https://www.spiegel.de/ausland/karin-kneissl-oesterreichs-ex-aussenministerin-uebernimmt-thinktank-in-russland-a-76f00709-3a19-4b67-b184-7d0053427621>

<sup>100</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 16, Kickl.

## 4.8. Jan Marsalek: Spion zu Gast im Kickl-Ministerium

Jan Marsalek, gebürtiger Wiener und heute 44 Jahre alt, wuchs in Klosterneuburg bei Wien auf. Er besuchte das Gymnasium Klosterneuburg, das er aber ohne Matura verließ. Im Jahr 2000 begann er seine Karriere bei Wirecard, wo er im Februar 2010 schließlich Chief Operating Officer und Vorstandsmitglied wurde. Sein Vorstandsgehalt lag zuletzt bei 2,7 Millionen Euro, und sein Vermögen wird auf einen dreistelligen Millionenbetrag geschätzt. Zuletzt residierte Marsalek in einer Villa in der Prinzregentenstraße in München.<sup>101</sup>



Marsalek reiste zwischen 2010 und 2020 mindestens 60 Mal nach Russland. Der russische Inlandsgeheimdienst FSB verfolgte diese Reisebewegungen und speicherte Marsaleks Flugbuchungen in den eigenen Datenbanken. Marsalek unterhielt enge Verbindungen in die österreichische Innenpolitik. Im Innenministerium unter Herbert Kickl (FPÖ) präsentierte er beispielsweise Pläne für eine Flüchtlings-App, deren Daten wiederum für Geheimdienste interessant gewesen wären. Während der Amtszeit von Herbert Kickl hatte er sogar einen Termin mit Kickls rechter Hand, Reinhard Teufel, im Innenministerium. Strache behauptete sogar, dass Kickl bei diesem Treffen dabei gewesen sein soll. Kickl leugnet das bis heute – im U-Ausschuss sogar unter Wahrheitspflicht.<sup>102</sup>

<sup>101</sup> Lucia Heisterkamp und Margit Ehrenhöfer (Moderatorinnen). (2024, 2. März). Jan Marsalek enttarnt (1/3), Der russische Spion. Audio Podcast. – In Inside Austria, mit Fabian Schmid, Standard (mit Hilfe einer Recherchegruppe mit Roman Leberger, Spiegel)

<sup>102</sup> Strache, H.C., 2021, Das Ibiza Attentat: Was wirklich geschah und warum ich weiter für euch kämpfe, Taschenbuch, BoD – Books on Demand

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Da würde ich gerne ein Dokument vorlegen; das müssten wir verteilen lassen, bitte. (Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.) – Kennen Sie das Buch „Das Ibiza Attentat“ von Heinz-Christian Strache?

**Herbert Kickl:** Ehrlich gesagt, ich habe es nicht gelesen.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Da haben Sie was verpasst. Seite 231, erster Absatz, letzter Satz – wenn Sie den vielleicht mal durchlesen würden. Ich lese es auch für die Journalistinnen und Journalisten vor, hier schreibt Strache: „Inzwischen weiß ich, dass Gudenus den Jan Marsalek ohne mein Wissen in unserer Regierungszeit auch in das Innenministerium zu Minister Herbert Kickl sowie ins Verteidigungsministerium begleitet haben soll.“ Was sagen Sie dazu?

**Herbert Kickl:** Dazu kann ich Ihnen klipp und klar etwas sagen: das, was hier steht, das heißt nicht, dass dieser Herr Marsalek zu mir persönlich gekommen ist, sondern da steht: ins „Innenministerium zu Minister Herbert Kickl“. Es hat kein persönliches Treffen von mir und Herrn Marsalek gegeben. (*Abg. Hanger: Aber er war drin! Er war da!*)

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Dann halte ich abschließend trotz Ihrer Brandrede, Herr Kickl, hier fest, dass das alles Zufälle sind: dass der ehemalige FPÖ Abgeordnete Jenewein mit dem russischen Spion Ott verbandelt war, dass der russische Spion Marsalek mit Herrn Gudenus verbandelt war und dass der Wirecard-Lobbyist mit besten Kontakten zu Herrn Marsalek bei Ihnen im BVT als Berater tätig war.

Marsalek stellte sich selbst oft als Geheimdienstler dar – ein Mann mit großen Plänen für das BVT. Er hatte nicht nur personelle Rochaden im Kopf, sondern auch

---

<sup>103</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 40, Kickl.

Strukturänderungen. Er wollte das BVT proaktiver auf die Wirtschaft zugehen lassen. Und Marsalek machte Personalvorschläge für den Staat Österreich.

Am 9. Mai 2018 nannte er einen aus seiner Sicht passenden Kandidaten für die „Leitung des österreichischen Nachrichtendienstes in der Rolle eines nationalen Geheimdienstkoordinators“. Die Hintergrundabklärung mit den wesentlichen Partnerdiensten sei positiv gewesen.<sup>104</sup>

Marsalek war auch mit Personen aus dem Umfeld des russischen Militärnachrichtendienstes GRU bekannt. Seine mindestens 60 Reisen nach Russland waren auffallend kurz, oft verbrachte er nicht einmal einen Tag dort. Expert:innen vermuten, dass er lange Zeit mit Moskauer Diensten kooperierte. Marsalek verfügte beispielsweise im Jahr 2018 über vier streng vertrauliche Dokumente über den Giftanschlag auf Sergei Skripal in Salisbury.<sup>105</sup>

Am 18. Juni 2020 wurde er von Wirecard freigestellt. Zuletzt gesehen wurde Marsalek in Wien, wo er sich kurz vor dem Abflug vom Privatflugplatz in Bad Vöslau, südlich von Wien, in einem italienischen Restaurant mit einem früheren Mitarbeiter des österreichischen Verfassungsschutzes traf. Seitdem fehlt von Marsalek jede Spur.<sup>106</sup>

---

<sup>104</sup> [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6275048/Asyl-fuer-Mossad-missbraucht\\_Oesterreichs-ehemalige-TopAgenten-vor](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6275048/Asyl-fuer-Mossad-missbraucht_Oesterreichs-ehemalige-TopAgenten-vor)

<sup>105</sup> <https://www.derstandard.de/story/2000119057025/marsalek-soll-geheimdokumente-aus-oesterreichischem-ministerium-erhalten-haben>

<sup>106</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/marsalek-wien-flucht-zeugenaussagen-1.5530390?reduced=true>

## 4.9. Stammtisch mit Russland: Die Austro-Russische Freundschaftsgesellschaft und ihre Verbindungen in den Geheimdienst

Eine besondere Bedeutung für Marsaleks Russland-Kontakte soll die Österreichisch Russische Freundschaftsgesellschaft (ORFG) rund um dessen Vorsitzenden Florian Stermann gespielt haben. Diese wurde im Juni 2000 gegründet und zählte Politiker:innen verschiedener Parteien, hohe Beamt:innen, Kammerfunktionär:innen, Rechtsanwältl:innen, Steuerberater:innen, Manager:innen und Unternehmer:innen zu ihren Mitgliedern. Ehrenpräsident war traditionell der jeweilige russische Botschafter.<sup>107</sup>



Der frühere FPÖ-Spitzenpolitiker Johann Gudenus, ebenfalls Mitglied der ORFG, soll von Marsalek mit vertraulichen Informationen aus den österreichischen Sicherheitsbehörden versorgt worden sein. Gudenus war es auch, der Marsalek im Sommer 2018 einen Termin im damals von der FPÖ geführten Innenministerium verschafft hat.<sup>108</sup>

Der Vorsitzende der ORFG, Florian Stermann, selbst gab in einer Zeugenvernehmung an, dass Jan Marsalek ihm Nachrichten geschickt hatte, die er dann an Johann Gudenus weitergeleitet habe. Er bezeichnete sich selbst als „Mittelsmann zwischen Gudenus und Marsalek“.

<sup>107</sup> <https://www.orfg.net/>

<sup>108</sup> <https://orf.at/stories/3353958/>

Im November 2017 leitete Florian Stermann eben genau so eine Nachricht von Jan Marsalek <sup>109</sup>an Johann Gudenus weiter – er schrieb: „Dann soll die FPÖ die Akte BVT-2-3- [REDACTED] anfordern“. Es war also unter Innenminister Kickl möglich, dass der russische Spion Jan Marsalek über die FPÖ-Akten aus dem BVT, also aus dem Staatsschutz und Geheimdienst, einfach via Chatnachricht anfordern konnte. Das sind nicht irgendwelche Daten, sondern hochsensible Unterlagen – die hier mutmaßlich einfach von der FPÖ angefordert und an Marsalek weitergegeben wurden.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** (Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.) Frau Geißler, während Sie es sich durchlesen – es ist die Zeugenvernahme von Herrn Stermann –, erläutere ich das vielleicht kurz: Herr Stermann war Chef der Österreichisch-Russischen Freundschaftsgesellschaft und Verbindungsmann zwischen Herrn Gudenus – FPÖ-Klubobmann – und Herrn Marsalek persönlich. Marsalek hat Stermann sozusagen Befehle, Aufträge gegeben, die sie wortwörtlich an Gudenus weitergeleitet hat. Und hier ganz konkret schreibt Stermann an Gudenus: „Dann soll die FPÖ die Akte BVT-2-3 [...]“ – und so weiter, also eine ganz konkrete Akte – „anfordern.“ (*Abg. Ries hebt die Hand.*) Haben Sie jemals Wahrnehmungen gehabt, dass die FPÖ als Partei Akten aus dem BVT angefordert hat?

**Sibylle Geißler, MSc:** Na außerhalb der Linie nicht. Wenn, dann ist es über das Generalsekretariat oder - , also im Haus. [...] Na ja, ich sage ja: in der Linie. [...] Das hat es schon gegeben, dass Akten oder Aktenzahlen über die GD angefordert worden sind. Es hat zum Beispiel im Zusammenhang - - Man hat ja lange gesucht, ob man mir etwas anhängen kann wegen dieser Rechtsextremismus-CD, und da musste ich also die Aktenzahl der erweiterten Gefahrenerforschung, wo das Deckung gefunden hat, natürlich überliefern. Oder auch bei der Identitären Bewegung: dass Akten oder Informationen geliefert werden mussten.

<sup>109</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 69, Kickl.

<sup>110</sup> 971/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 18, Geißler.

## 4.10. Kanufahrt mit Folgen: wie Handys aus Tulln nach Russland wanderten

Im Juli 2017 fand eine Teambuilding-Klausur des Kabinetts von Innenminister Wolfgang Sobotka statt. Man wollte sich bei einer Kanufahrt in Tulln entspannen. Im Kanu ebenfalls anwesend war Kathi Nehammer, Ehefrau des heutigen Bundeskanzlers und damals im Kabinett von Sobotka aktiv. Sie stand im Kanu auf und katapultierte die Insassen ins Wasser.<sup>111</sup>



Dabei landeten die Handys folgender Spitzenbeamten in der Donau:

- Michael Kloibmüller, damals Kabinettschef im BMI
- Michael Takacs, damals Polizeireferent im Kabinett, heute Bundespolizeidirektor
- Gernot Mayer, damals im Kabinett, heute Direktor des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl

Weil es zu der Zeit kein ordentliches Sicherheitsprotokoll für solche Fälle gab, machte sich Michael Takacs auf die Suche nach Hilfe. Er fragte informell bei Gruppeninspektor A. H. im BVT nach, ob er die Daten auf den Firmengeräten wiederherstellen könne. Schließlich befanden sich auf den Handys nicht nur Urlaubsfotos, sondern auch Staatsgeheimnisse und vertrauliche Chats mit Innenminister Sobotka.<sup>112</sup>

A. H. bekam also den inoffiziellen Auftrag, die Inhalte wiederherzustellen. Hier fangen die Widersprüche an: Takacs sagte, er habe A. H. 2017 im BMI die drei Handys übergeben, A. H. behauptet, ein Chauffeur habe die Handys im Kuvert ins BVT

<sup>111</sup> Nikbakhsh, Michael (Moderator). (2024, 5. April). #67 Der Fall Egisto Ott: Jan Marsaleks eifriger Spion. Audio Podcast. – In Die Dunkelkammer – der Investigativpodcast.

<sup>112</sup> <https://orf.at/stories/3354372/>

geliefert. Jedenfalls klebten auf zwei der Geräte Post-its mit den Entsperrcodes. BVT-Chef Gridling beschreibt das Ansuchen an den Beamten im U-Ausschuss:

**Mag. Peter Gridling:** Nein. Das war ein persönliches Ersuchen an Herrn H., ob er behilflich sein kann und ob man da noch Daten retten kann. Das wurde vom heutigen Bundespolizeidirektor Takacs an seinen Bekannten A. H. gerichtet, mit dem Ersuchen, zu prüfen, ob da noch etwas zu reparieren geht.

113

Eine Woche später kam der Anruf: Die Inhalte konnten nicht wiederhergestellt werden. Takacs bat A. H., die Geräte zu vernichten. A. H. setzte sagte das zu, setzte jedoch gegenteilige Handlungen: er ließ die Handys ein Reis eingelegt in einem Stahlschrank im BVT trocknen. Am 28. Februar 2018 kam es zur berühmten Razzia im BVT, dabei wurde auch jener Stahlschrank geöffnet. Am Ende des Tages lagen viele kaputte Telefone herum, A. H. prüfte die Vollständigkeit nicht – ob die Handys nach der Razzia also noch im Stahlschrank waren oder nicht, weiß niemand.<sup>114</sup>

2019 landeten die Handys jedenfalls bei Egisto Ott. Er behauptete, eines Tages die Handys in seinem privaten Hauspostkasten gefunden zu haben und sagte, er habe die Geräte mit einem Maurerhästel zerstört und in den Müll geworfen.

Ein weiterer Ex-Polizist, seines Zeichens nun Privatdetektiv, erzählte 2021, er habe 2019 in der Therme Oberlaa von Ott einen USB-Stick bekommen, darauf befand sich die Auswertung der Handy-Daten, mit Chats von Kloibmüller, die zwar keine Staatsgeheimnisse beinhalteten, jedoch die ÖVP belasten würden – z.B., weil sie Hinweise auf Postenkorruption im BMI enthielten. Gegen Takacs nahm die WKStA daraufhin Ermittlungen auf, die mittlerweile aber eingestellt wurden. Die Kloibmüller-Chats landeten fünf Jahre später auf Umwegen bei Journalisten und Politikern.<sup>115</sup>

Nach dem USB-Stick übergab Ott dem Ex-Polizisten auch die drei Handys physisch. Er bekam den Auftrag, die Handys von einem israelischen Experten auslesen zu lassen, was mehrere tausend Euro gekostet hätte, die aber niemand vorfinanzieren konnte.

<sup>113</sup> 978/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 28, Gridling.

<sup>114</sup> Nikbakhsh, Michael (Moderator). (2024, 5. April). #67 Der Fall Egisto Ott: Jan Marsaleks eifriger Spion. Audio Podcast. – In Die Dunkelkammer – der Investigativpodcast.

<sup>115</sup> <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/bvt-it-techniker-soll-illegal-handydaten-abgesaugt-haben-101570008>

Also gingen die Handys 2019 unverrichteter Dinge zurück an Ott – die Handys wurden nie vernichtet, und Fotos von den Handys vom Oktober 2019 wurden auch auf Otts privatem Telefon gefunden.<sup>116</sup>

Jan Marsalek höchstpersönlich organisierte einige Zeit später die Übergabe der Mobiltelefone in einer Wiener Wohnung, die Otts Ex-Schwiegersohn gehörte. Am 10. Juni 2022 kam ein russischer Agent aus Bulgarien nach Wien-Floridsdorf, dort fanden die Übergaben statt. Drei Geräte wurden abgeholt und von Kurieren nach Istanbul gebracht. Flugdaten zeigen, dass am 11. Juni 2022 Tatjana Spiridonova, eine Bekannte von Jan Marsalek mit Verbindung zum FSB, von Russland nach Istanbul flog und am gleichen Tag zurück nach Moskau, wo sie direkt zum FSB ging. Ihr Handy loggte sich dort in die Funkzelle ein, daher konnte man die Spur verfolgen. Zwei Monate später kam wieder ein russischer Kurier und brachte Bargeld in die Wohnung. Immer wieder wurden dann Waren in der Ott-Wohnung abgeholt und nach Russland gebracht. Das Ausmaß dieser Spionage-Causa ist noch nicht absehbar.<sup>117</sup>

Die Daten aus den Mobiltelefonen landeten auch bei jenem Ring von Bulgaren, der für Russland spionierte und von Jan Marsalek angeleitet wurde. Den Ring an Bulgaren kennen wir – sie haben auch den Einbruch bei dem Journalist Christo Grozev durchgeführt.<sup>118</sup> Sie wurden im Februar 2023 festgenommen und standen Anfang 2024 in London vor Gericht. Es handelte sich um einen Agentenring, der in Europa spionierte. Auf ihren Handys fanden die Beamt:innen 80.000 Chats zwischen den Bulgaren und Jan Marsalek, diese wurden auch an die Staatsanwaltschaft Wien übermittelt. Marsalek redete darin auch über die Handys der BMI-Kabinettsmitarbeiter.<sup>119</sup>

---

<sup>116</sup> Nikbakhsh, Michael (Moderator). (2024, 5. April). #67 Der Fall Egisto Ott: Jan Marsaleks eifriger Spion. Audio Podcast. – In Die Dunkelkammer – der Investigativpodcast.

<sup>117</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000215200/hochgeheime-marsalek-chats-zeigen-planung-brisanter-spionageoperationen-in-wien>

<sup>118</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000214403/russische-agenten-brachen-mithilfe-eines-ex-bvt-beamten-in-wien-bei-journalist-ein>

<sup>119</sup> Lucia Heisterkamp und Margit Ehrenhöfer (Moderatorinnen). (2024, 2. März). Jan Marsalek enttarnt (1/3), Der russische Spion. Audio Podcast. – In Inside Austria, mit Fabian Schmid, Standard (mit Hilfe einer Recherchegruppe mit Roman Leberger, Spiegel)

## 5. Ideenschmiede

Eine zentrale Aufgabe des Untersuchungsausschusses war die Aufklärung diverser Vorwürfe über die Verwendung von Steuergeldern in der Zeit der Regierungsbeteiligung der FPÖ<sup>120</sup>.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Dann erkläre ich das gerne kurz. Die Ideenschmiede ist eine Werbeagentur gewesen, die ja schon in der Vergangenheit häufig im Mittelpunkt von Kontroversen gestanden ist, an der Herr Kickl über einen unbestimmten Zeitraum, das werden wir noch erörtern müssen, über einen Treuhandschäftsvertrag beteiligt war. Diese Werbeagentur hat Kick-back-Zahlungen durchgeführt, das heißt, das Land Kärnten hat Inserate geschaltet. Es gibt – können wir auch gerne vorlegen – ein schriftliches Dokument, einen schriftlichen Vertrag, dass immer, wenn das Land Kärnten Inserate schaltet, 20 Prozent des Volumens an die FPÖ-Kärnten fließen. Diese Ideenschmiede hat eine Nachfolgeagentur gehabt, die sogenannte Signs, die im Untersuchungszeitraum in der Zeit von Innenminister Herbert Kickl gratis, kostenlos – ich habe noch nie gehört, dass eine Werbeagentur etwas kostenlos für die öffentliche Hand macht – Logos zur Verfügung gestellt hat, insbesondere das Puma-Logo für die Polizeistaffel. Da stellt sich natürlich die Frage: erstens einmal, wie lange war Herr Kickl über verdeckte Konstruktionen Teil dieser Ideenschmiede oder der Nachfolgeagentur? Und zweitens sind wir so oder so im Untersuchungszeitraum, denn der beginnt ja aufgrund des extrem bestimmten Untersuchungsgegenstandes, den Herr Hanger geschrieben hat, im Jahr, Sie wissen es (*Abg. Hanger: 2007!*), 2007.

121

Dabei ist eine auffällige Treuhandschäftsstruktur aufgetaucht. Herbert Kickl ist oder war Miteigentümer einer Liegenschaft in Klagenfurt und Teilhaber der Ideenschmiede, einer Werbeagentur, die überhöhte Rechnungen an die damals FPÖ-geführte Kärntner Landesregierung stellte. Die Landesregierung bezahlte diese

<sup>120</sup> Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 Abs. 1 zweiter Satz GOG-NR der Abgeordneten Mag. Andreas Hanger, Kolleginnen und Kollegen betreffend Aufklärung, ob öffentliche Gelder im Bereich der Vollziehung des Bundes aus sachfremden Motiven zweckwidrig verwendet wurden („ROT-BLAUER Machtmissbrauch-Untersuchungsausschuss“)

<sup>121</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniqué S. 53f, Kickl.

Rechnungen, ein Prozentsatz (20%) wurde direkt an die Freiheitliche Partei (Kärnten) als Kick-back-Zahlung weitergegeben.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Ich würde bitte Seite 14 vorlegen. (Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.) Das ist ein Vertrag zwischen der FPÖ-Kärnten und der Ideenschmiede, ich darf vorlesen: in der Mitte dieses Dokuments, da heißt es in diesem Vertrag: „Die Agentur gewährt der FPÖ-Kärnten auf alle ihre Inserate eine Gutschrift von 10 Prozent.“ Und dann heißt es: „Bei Aufträgen von FPÖ-Landesregierungsbüros [...] bekommt die FPÖ-Kärnten 20 Prozent des Auftragsvolumens von der Agentur gutgeschrieben.“

122

Es stand der Verdacht der Bestechung und Untreue gegen Herbert Kickl im Raum. Per Weisung wurde die Strafverfolgung gegen Kickl unter Justizminister Brandstetter über Christian Pilnacek eingestellt. Der damals zuständige Landesrat in Kärnten wurde dafür bereits verurteilt.<sup>123</sup>

Die Agentur war in den 2000-Jahren in fast allen Wahlkämpfen der FPÖ engagiert. Die Ideenschmiede wurde 2015 in Signs Werbeagentur umgetauft und 2019 neu gegründet. Die Rechtsnachfolgerin der Ideenschmiede entwarf später u.a. die Logos der Polizeieinheit „Puma“ und der nie in Dienst gestellten Pferdestaffel und war Auftragnehmerin des BMI unter Innenminister Herbert Kickl. Wie eng Kickl mit der Agentur tatsächlich verbunden war, wollte er nicht sagen;<sup>124</sup> Dem BMI seien keine Kosten im Rahmen der Erstellung der Logos entstanden, wird dazu in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage aus 2018 ausgeführt<sup>125</sup>, eine Ausschreibung habe daher auch nicht stattgefunden und es sei auch kein externer

<sup>122</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 57, Kickl.

<sup>123</sup> <https://www.falter.at/zeitung/20150714/einen-koffer-mit-70-000-aussibracht>, abgerufen am 5.6.2024

<sup>124</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000084856352/agentur-an-der-kickl-beteiligt-war-schenkte-ministerium-puma-logo>

<sup>125</sup> 1440/AB vom 17.09.2018 zu 1455/J (XXVI. GP).

Auftrag an die Signs vergeben worden, jedoch erhielt das BMI von Signs eine Werknutzungsbewilligung.<sup>126</sup>

Thomas Sila war jedenfalls Geschäftsführer und trat als Strohmann öffentlich in Erscheinung. Leider konnten wir ihn im Ausschuss nicht direkt befragen, weil er auch trotz mehrmaliger Ladung nicht erschienen ist. Die Landespolizeidirektion Kärnten konnte ihn auch am letzten Befragungstag nicht finden, als sie die gesetzlich vorgesehene Vorführung exekutieren sollte.<sup>127</sup>

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Bevor ich meine Frage stelle, würde ich gerne die Seite 29 in dem Dokument vorhalten. (Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.) Hierbei handelt es sich um einen Treuhandvertrag. Das bedeutet, dass – ohne irgendwo in einem Firmenbuch ersichtlich – laut diesem Treuhandvertrag Herr Kickl an der Ideenschmiede beteiligt gewesen sein soll. Meine Frage, die ich eigentlich ganz am Anfang gestellt habe: wie lange, in welcher Form, bis wann waren Sie an der Ideenschmiede beteiligt, die später dann in ihrem Nachfolgeunternehmen das Puma-Logo ans Innenministerium geschenkt hat?

128

Herbert Kickl gelang es im Untersuchungsausschuss, wenig konkrete Antworten zu geben und den Fragen der Abgeordneten geschickt auszuweichen. Als wir jedoch Nachfragen zu Ideenschmiede, ihrer Rechtsnachfolgerin Signs sowie seinen Treuhandbeteiligungen hatten, wurde er sichtbar nervös, verweigerte jede Aussage und versteckte sich hinter Geschäftsordnungsdebatten, was schließlich dazu führte, dass die maximale Befragungsdauer erreicht war, bevor wir mit unseren Fragen fertig wurden. Eine endgültige Aufklärung der Causa war somit nicht möglich, weil Herbert Kickl sie torpedierte.<sup>129</sup> Verfahrensrichterin Edwards war im Untersuchungsausschuss der Meinung, dass die Fragen zu dem Themenkomplex zulässig seien:

<sup>126</sup> Dok 96058 (nicht öffentlich), Werknutzungsbewilligung Signs, BMI, 2 von 2, erörtert in 977/KOMM XXVII. GP, AP Teufel, 101 von 148.

<sup>127</sup> <https://www.diepresse.com/18490975/unterwegs-am-woerthersee-kickls-ex-geschaeftpartner-fehlt-im-u-ausschuss>

<sup>128</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 60, Kickl.

<sup>129</sup> <https://www.profil.at/oesterreich/herbert-kickl-im-u-ausschuss-wenn-der-zeuge-schwitzt/402854257>

**Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards:** Ja, ich bin tatsächlich der Meinung, dass – oder weiterhin der Meinung, dass die Frage zulässig ist. Es handelt sich um ein Angebot, das im Zeitraum der Ministerschaft des Herrn Klubobmann Kickl gewesen ist und das daher aufklärungswürdig ist in dem Sinne, inwiefern hier vom Ministerium Geschäftsbeziehungen angebahnt werden hätten sollen in Bezug auf eine Anschrift, die zuvor anhand eines Treuhandvertrages doch als nachfragenswert erachtet worden ist. Insofern bin ich der Meinung, das ist unmittelbar aufklärungswürdig und daher ist die Frage zulässig.

130

Insbesondere von Interesse für den Untersuchungsausschuss war die Frage, ob Kickl an den Geschäften der Ideenschmiede/Signs, die mit dem BMI abgeschlossen wurden, mitverdiente und sich selbst so Steuergelder in die eigene Tasche wirtschaftete. Die von ihm behauptete Auflösung des Vertrags durch eine mündliche Aufkündigung hält rechtlich nicht Stand. Sein Steuerberater hatte außerdem ausgesagt, dass er die Errichtung des Gesellschaftervertrags dem Finanzamt angezeigt habe. Er habe aber keinen Auftrag zum Widerruf erhalten.<sup>131</sup>

Warum wurde die Auflösung des Treuhandvertrags nicht dem Finanzamt angezeigt (der Vertragsabschluss wurde angezeigt und liegt dem Finanzamt vor, formal wissen sie nichts von der Auflösung)? Warum hat Kickl die Stammeinlage von 8.750 Euro nicht zurückbekommen oder zurückverlangt? Auf all diese Fragen konnten wir keine Antworten erhalten.<sup>132</sup>

Die Abtretungsverpflichtung eines Treuhänders an einen Treugeber für den Fall der Auflösung der Treuhandenschaft an einem GmbH-Geschäftsanteil ist zwar nicht notariatsaktpflichtig, jedoch ist für die Durchführung der Rückübertragung der Gesellschafteranteile ein Notariatsakt erforderlich. Formal ist der Vertrag also noch in Kraft und Kickl ist nach wie vor Hälfte-Eigentümer der Gesellschaft.<sup>133</sup>

<sup>130</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Communiqué S. 114f, Kickl.

<sup>131</sup> <https://www.falter.at/zeitung/20150714/einen-koffer-mit-70-000-aussibracht>

<sup>132</sup> <https://www.falter.at/zeitung/20240416/herbert-kickls-geheime-firma-und-ihre-dubiosen-geschaefte>

<sup>133</sup> Oberster Gerichtshof 09.07.2014, 2 Ob 67/14p

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** *(zur Geschäftsbehandlung):* Herr Vorsitzender, ich verstehe nicht ganz, was hier unstrittig ist. Die Verfahrensrichterin hat das ja eh sehr klar ausgeführt: es gibt eine zulässige Frage, die Auskunftsperson hat taxativ aufgezählte Aussageverweigerungsrechte, und auch wenn Herr Kickl das anders sieht, aber hier hat er dem Recht zu folgen und nicht umgekehrt. Und das Gesetz sieht ganz klare Voraussetzungen vor, und wenn er die Aussage verweigern möchte, dann kann er das tun und dann muss er einen Grund nennen. Ich möchte noch einmal ausführen, warum – weil das, glaube ich, nicht so klar rübergekommen ist, was hier das Problem ist:

Es gibt zwei Treuhandverträge, und ein Treuhandvertrag bezieht sich auf die St. Veiter Straße 111, auf die Liegenschaft, und dieser Treuhandvertrag sagt aus, dass Herr Kickl dort Hälfteeigentümer ist, sprich auch alle Vermögensvorteile aus dieser Liegenschaft zur Hälfte Herrn Kickl zukommen. Und wenn jetzt eine Agentur einen Auftrag, ein Angebot an das Ministerium stellt, und diese Agentur ihren Sitz just dort hat, wo der Herr Minister Hälfteeigentümer ist, ja bitte, wenn das nicht Untersuchungsgegenstand ist, dann weiß ich nicht, was Untersuchungsgegenstand ist.

## 5.1. Signs: was wurde aus dem Kärntner Kickl-Grundstück?

Auch die Liegenschaft in Klagenfurt wurde untersucht. Kickl ist über einen Treuhandvertrag Hälfteigentümer des Grundstücks, auf dem auch die Ideenschmiede/Signs ihren Firmensitz hat. Sie ist also Mieterin und müsste monatliche Mieteinnahmen für Kickl und Sila generieren. Auch dazu hat der Klubobmann der FPÖ keine Antworten gegeben, sehr zu unserer Verwunderung:<sup>135</sup>

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Mir fällt es jetzt wirklich langsam schwer, das nachzuvollziehen. Es gibt hier ein im Untersuchungsgegenstand gelegtes Angebot – ich würde es noch einmal gerne auch für den Klubobmann erläutern –, ein im Untersuchungsgegenstand gelegtes Angebot an das Innenministerium – also was, wenn nicht das ist eine Vorbereitungshandlung in Hinblick auf einen etwaigen Auftrag? –, und der Sitz dieses Unternehmens, der Signs, die dieses Angebot gelegt hat, ist just an jener Adresse, wo Kollegin Holzleitner meiner Meinung nach zu Recht die Vermutung hat, dass Herr Kickl dort eine Beziehung zu diesem Ort hat. Deswegen finde ich durchaus, dass diese Frage mehr als berechtigt ist.

136

Die Liegenschaft sollte kürzlich verkauft werden. Sie wird einen Gewinn beim Wiederverkauf von rund einer Million Euro erzielen. Das ist eine enorme Wertsteigerung in kurzer Zeit. Wem steht der Gewinn zu? Und wie ist es zu erklären, dass das Grundstück, das ursprünglich zum Eigentum der Bundesimmobiliengesellschaft BIG gehörte, so günstig an die beiden Herren verkauft wurde?

<sup>135</sup> <https://www.falter.at/zeitung/20150714/einen-koffer-mit-70-000-aussibracht>;

<https://www.derstandard.at/story/3000000216452/u-ausschuss-forderte-wegen-causa-ideenschmiede-kickls-steuerakt-an>

<sup>136</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 110, Kickl.

## 5.2. Herbert Kickl als Profiteur des Systems

Herbert Kickl hat später als Innenminister mit Thomas Sila und seiner (seiner eigenen?) Agentur Geschäfte gemacht. Die Logoentwicklung zur Polizeieinheit Puma hatte BMI-intern am 22. Februar 2018 begonnen und bereits fast ein halbes Jahr gedauert, als die Mitarbeiter:innen am 8. Juni 2018 plötzlich den Auftrag bekamen, die Arbeiten einzustellen. Der Auftrag an die Stickerei war da bereits erteilt. Es fielen Kosten für die Stornierung an. Stattdessen sollte nun die Signs (Ideenschmiede-Nachfolgeagentur) das Logo entwickeln. Von wem wurde der Auftrag an Signs erteilt und warum wussten die zuständigen Mitarbeiter:innen des BMI nichts davon?



Auch die Logoentwicklung zur Pferdestaffel hatte BMI-intern schon viele Ressourcen beansprucht, als am 6. Juni 2018 der Auftrag aus dem Kabinett kam, das Logo „von einem Freund“ zu verwenden. Möglicherweise gab es Lizenzverträge oder Nebenvereinbarungen, die wir nicht kennen. Oder auch andere Geschäftsbeziehungen zwischen dem BMI und Kickls Werbeagentur.

**Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS):** Ob das kostenfrei war? Diese Frage müssen wir im Untersuchungsausschuss klären. (*Abg. Hafenecker: Das ist ja unglaublich!*) In der medialen Berichterstattung war es kostenfrei, aber in diesen unterschiedlichen Dokumenten, die wir hier vorliegen haben, die ich nicht auf Wahrheitsgehalt überprüfen kann, ist von Kick-back-Zahlungen die Rede. So hat die Ideenschmiede – so lauten zumindest die Vorwürfe in diesen Dokumenten – früher gearbeitet. Die Frage ist: War das mit dem Puma-Logo ähnlich oder nicht? Dieser Frage müssen wir nachgehen.

137

Die Schutzbehauptung, für die Erstellung der Logos sei kein Geld geflossen, ist lebensfremd. Für ein anderes Logo wurden 2008 einem Kunden der Signs 28.000 Euro in Rechnung gestellt. Welche Werbeagentur würde gratis arbeiten? Warum sollen für

<sup>137</sup> 975/KOMM XXVII. GP – Untersuchungsausschuss NR – Kommuniké S. 61, Kickl.

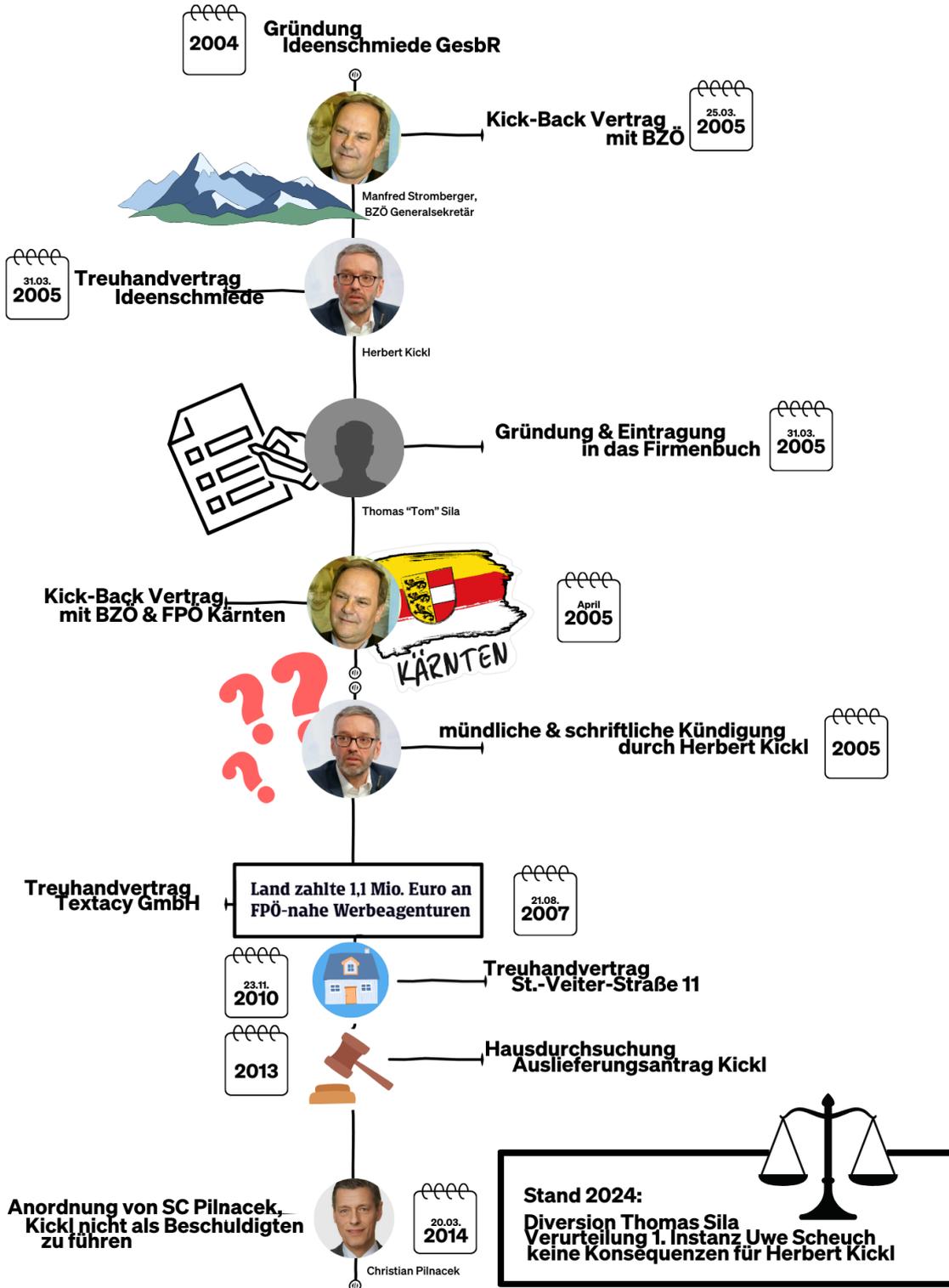
die Werknutzungsrechte keine Honorare in Rechnung gestellt worden sein? Oder hätte die Agentur über erhöhte Rechnungen für Nachfolgeaufträge ihre Leistungen abgegolten?

Wir wissen es nicht, es kam „Ibiza“ dazwischen und Herbert Kickl musste das Innenministerium verlassen.<sup>138</sup>

---

<sup>138</sup> <https://interaktiv.kleinezeitung.at/die-ibiza-ffaere-und-ihre-folgen/>

### 5.3. Ergänzung: Chronologie der Ideenschmiede



## 6. Forderungen für eine bessere Verwaltung

Bedauerlicherweise haben sich die Anlässe für Forderungen von NEOS nun seit fünf U-Ausschüssen im Wesentlichen nicht geändert. Die Probleme, die im Laufe der Jahre aufgezeigt wurden, sind von Ausschuss zu Ausschuss die gleichen. Konsequenzen blieben bisher aus, korrupte Menschen haben es weiterhin leicht in Österreich.

Das wäre jetzt zu tun:

### **Postenkorruption bekämpfen:**

- Entwicklung eines Einstiegstests nach europäischem Vorbild („Concours“) für Bewerber:innen bei Tätigkeiten in der öffentlichen Verwaltung, die eine akademische Ausbildung voraussetzen.
- Öffentliche Hearings für alle Spitzenfunktionen.
- Für die Besetzung von Auswahl- und Personalkommissionen wird ein neues Procedere geschaffen. Externe, unabhängige Expert:innen führen den Vorsitz. Die Mitglieder werden aus einem Pool aus internen Verwaltungsbediensteten und externen Personalexpert:innen per Los bestimmt.
- Einführung einer Konkurrent:innenklage für unterlegene Bewerber:innen als Rechtsmittel gegen unsachliche Entscheidungen der Auswahlkommissionen.
- Unwirksamkeit rechtswidriger Besetzungen bei Leitungsfunktionen. Somit können sich die Steuerzahler:innen schadlos halten.
- Aktive Rekrutierung und Personalentwicklung: interne Personalentwicklung der Potenziale in der Beamt:innenschaft (statt nur der Regierungsbüros) und Beiziehung von Headhunter:innen für die externe Rekrutierung.
- Zeitliche Beschränkung interimistischer Besetzungen, keine Relevanz in der Qualifikationsbewertung innerhalb der Auswahlkommission.

### **COFAG 2.0 verhindern:**

- Öffentlich einsehbare Begründung und Darstellung der budgetären und personellen Auswirkungen, wenn Geschäftseinteilungen verändert und neue Posten außerhalb der Verwaltung geschaffen werden.
- Transparente Vergabeverfahren ohne politische Interventionen sicherstellen.
- Rechtsverbindlichkeit von öffentlichen Beschaffungen erst mit Veröffentlichung der Vorgänge.

- Umfassende Transparenz schon bei der Förderzusage, um Umgehungsstrukturen zum Vergaberecht hintanzuhalten.

**Unabhängigkeit der Strafverfolgung sicherstellen:**

- Unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft an der Spitze der Weisungskette statt einer politischen Weisungsspitze.
- Ausreichende Ressourcen und eine Personaloffensive für das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung (BAK) und die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA).
- Abschaffung der Berichtspflicht bei allen Verfahren, die vor der WKStA anhängig sind.
- Beschleunigung von Korruptionsverfahren, um das Vertrauen der Bevölkerung in den funktionierenden Rechtsstaat sicherzustellen.

**Neustart in der Inseratenvergabe:**

- Absolute Höchstgrenzen für Inseratengelder: nur so kann die demokratiepolitisch bedenkliche Abhängigkeit durchbrochen werden.

**Transparente Kontrolle ermöglichen:**

- Reform des Bundesarchivgesetzes: verpflichtende Archivierung jeglicher beruflicher Kommunikation von Staatsorganen (insbesondere von Minister:innen und deren Kabinetten), explizites Verbot der Aktenvernichtung, empfindliche Strafen bei Verstößen.
- Grundlegende Reform des parlamentarischen U-Ausschusses, damit effektive Kontrolle wieder in den Vordergrund rückt (siehe Kapitel Reform des U-Ausschusses).

**Russische Spionage in Österreich stoppen:**

- Russland-Untersuchungsausschuss nach der Wahl einsetzen, um alle Verbindungen österreichischer Parteien zu Russland lückenlos aufzuklären.
- Verschärfung und Ausweitung des Spionage-Paragrafen, um auch die Spionage zum Nachteil dritter Staaten und internationaler Organisationen strafbar zu machen.
- Mehr Ressourcen und Personal für die Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN).

# 7. Forderungen für eine Reform des U-Ausschusses

Der Untersuchungsausschuss als parlamentarisches Kontrollgremium hat in der öffentlichen Wahrnehmung gelitten. Der U-Ausschuss ist aber besser als sein Ruf und von essenzieller Bedeutung für die parlamentarische Praxis und die funktionierende Kontrolle der Regierenden durch die Volksvertretung

Mit folgenden Änderungen würde aus Sicht von NEOS wesentliche Verbesserungen für das Ansehen und die Praxis der U-Ausschüsse erreicht werden:

- Eine **Live-Übertragung des U-Ausschusses** und somit auch eine Änderung des § 17 VO-UA ist unumgänglich und zeitgemäß.
- Die **Zustellung der Ladungen an die Auskunftspersonen muss vereinfacht werden**. Eine gesetzeskonforme und wirksame Zustellung muss auch an den Rechtsvertreter der Auskunftsperson möglich sein. Dadurch kann eine bessere Planung der Ladungen an den einzelnen Befragungstagen und eine effizientere Arbeit des U-Ausschusses gewährleistet werden.
- Im Fall krankheitsbedingter Entschuldigung sollte auf die Möglichkeit der **Einholung eines medizinischen Sachverständigengutachtens** gem. § 47 VO-UA zurückgegriffen werden können.
- Die **Strafen für unentschuldigtes Fernbleiben von Auskunftspersonen** müssen im Verhältnis zu den Beugestrafen drastisch angehoben werden. Vor der Volksvertretung unentschuldig zu schwänzen ist kein Kavaliersdelikt.
- Bei Aussageverweigerung muss ausdrücklich festgelegt werden, dass **jede Aussageverweigerung für sich bestraft wird** und nicht das Verhalten pauschal. Es darf keinen Mengenrabatt für Serien-Gesetzesbruch geben.
- Um die ausufernden Diskussionen in den Sitzungen, die nichts mit den Beweisthemen oder dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben, zu verkürzen, braucht es einen „**Ruf zur Sache**“ analog zu jenem im Nationalrat.
- Die **Abwahl von U-Ausschussfunktionär:innen** sollte unter gewissen Voraussetzungen möglich werden. Hier haben sich vor allem im ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss Probleme ergeben, die nicht behoben wurden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Yannick Shetty', written over a horizontal line.

Wien am 18. Juni 2024

**Abg. z. Nr. Mag. Yannick Shetty**

